

DER Offizier

Ausgabe 3/2016 × Zeitschrift der Österreichischen Offiziersgesellschaft



Landesverteidigung 21.1 |

Milizstudie 2016 |

Keine Vorwarnzeit |

**„Wir müssen unseren
Soldaten die notwendige
Ausstattung geben“**

OBSERVER

Eine Mahnung aus dem
Zeitgeschehen: So bitte nie mehr!

Über die Intellektualität der Offiziere wurde an dieser Stelle bereits vor einem Jahr geschrieben. Es bleibt daher noch die Frage offen, ob dieser Personenkreis auch die Couragiertheit besitzt (Militärcourage versus Zivilcourage?), Nachdenkergebnisse zu Papier zu bringen. Und dass viele nachdenken, weiß man aus den zahlreichen Gesprächen unter Kameraden. Doch wo sind diese Aufsätze oder Kommentare?

/ Das Bundesheer scheint zurzeit auf einem sehr guten Weg zu sein. Zu danken ist das einem klar denkenden und mutigen Verteidigungsminister, der die Zeichen der Zeit erkannt hat und dies ebenso deutlich ausspricht und politisch umsetzt. Doch haben wir den Mut, öffentlich aufzuzeigen, dass alle angepeilten Verbesserungen nicht von heute auf morgen verwirklicht werden können, sondern dass es einige Jahre dauern wird, bis zumindest die personellen Erfolge eintreten werden? Wenn geeignetes Personal unter besseren Bedingungen gefunden wird, dann ist zumindest eine erfolgreiche Ausbildungszeit von etwa drei Jahren erforderlich, bis der „Unteroffizier“ erreicht ist. Dabei muss wie bisher auf die Qualität, nicht bloß die Quantität der sich bewerbenden Menschen zu achten sein.

/ Wenn man an den Beschaffungsprozess bis zur Truppeneinführung eines Großgerätes denkt, fällt einem der Werdegang von der Ausschreibung, Testung/Erprobung, Beschaffung, Lieferung, Truppenerprobung, Ausbildung-/ Instandsetzung-Vorschriften-Erstellung und Ausbildung der Truppe ein- vielleicht kommt das eine oder andere noch dazu – und man weiß, dass die Truppe Jahre zu warten hat, bis sie über das einsatzbereite Gerät verfügen kann. Von „sofort“ kann also auch hier keine Rede sein.

/ Aber es ist dennoch ein klares Licht in dem finsternen Tunnel am Ende des „Abschaffungsprozesses“ erkennbar. Dass die Truppe nun allen Eifer einsetzen muss, um aus dem Demotivationsstief der letzten Jahrzehnte herauszukommen, ist eine andere Frage. Denn zu viele negative Entwicklungen, verursacht durch politische Entscheidungen und deren Träger, sind auf das Bundesheer eingeströmt. Angefangen

von der Postulierung „es gibt keine militärische Landesverteidigung mehr“ über „wir sind nur noch von friedlichen Nachbarn umgeben und brauchen deshalb kein Militär“ bis zur Feststellung „wir haben zu viel Soldaten und müssen sie deshalb abschaffen“ – so lauteten die Demotivationsargumente. Dass man dann Truppen aufgelöst oder umgestaltet hat, ständig von den „unnötigen Militärkommanden“ („Bürokratismus“) in den Bundesländern und „zu vielen Kasernen“ gesprochen und geschrieben hat und einsatzbereite Waffensysteme und Kasernen verkauft hat – all das hat seine frustrierende Wirkung auf treue und idealistische „Landesverteidiger“ ausgeübt. Es wird nicht leicht sein, aus diesem Tief herauszukommen. Aber es ist unverzichtbar.

/ Insgesamt müssen unser Land und unsere Bevölkerung Glück haben, wenn die Zeit für den Restrukturierungs- und Aufbauprozess reicht, bis die „einsatzwahrscheinlichen“ Herausforderungen höheren Ausmaßes, nicht bloß Migrantenbewältigung und Hochwasserkatastrophen, eintreten werden. Doch wenn nicht, sollten dann nicht auch die verantwortlichen Politiker für das Desaster geradestehen? Die zu geringen Sicherheitskräfte – egal ob Polizei oder Heer – werden zweifelsfrei die dann zu erwartende Malaise zu ertragen haben.

/ Die aufzuarbeitende Frage muss allerdings lauten: Wie konnte es zu dieser katastrophalen Lage der österreichischen Landesverteidigung kommen? War es die Fehleinschätzung, einen zehn Jahre dauernden Beobachtungs- und Reaktionszeitraum für eine geänderte Sicherheitslage zu haben? Waren es verantwortungslose Politiker, die bloß ihre Parteikarriere im Auge hatten, oder waren es vielleicht Umstände, dass Finanzbeamte die Personalstruktur und das Heeresbudget entscheidend beeinflussen konnten? Historiker sollten wissenschaftliche Arbeiten darüber erstellen und sie als warnendes Beispiel der Demontage eines Heeres publizieren. Zum Wohl unseres Landes und seiner Bürger. ✕

Observer

Inhalt

- 4 Brief des Präsidenten
- 6 NATO-Gipfel
- 9 Doskozil am NATO-Gipfel
- 10 Keine Vorwarnzeit für Inlandsaufgaben
- 13 Neue Grenzschutzagentur für Europa
- 15 LV 21.1 Gliederung
- 17 LV 21.1 Investitionen
- 19 LV 21.1 Infrastruktur
- 20 Milizstudie 2016
- 24 Flüchtlinge – Asylwerber – Migranten
- 27 Militärmusik erlangt wieder volle Spielfähigkeit
- 28 Parlament genehmigt Entsendungen in Krisengebiete
- 30 Terrorabwehr

Vorwort

Sehr geehrte Leserin,
sehr geehrter Leser!

Nachstehende Ausführungen erheben keinen Anspruch auf Vollzähligkeit, sondern bringen einfach die Volksmeinung und den Hausverstand zur Geltung: Recht muss Recht bleiben und Rechtsstaat muss Rechtsstaat bleiben. Problematisch wird es nur, wenn es der Rechtsstaat, der für die Sicherheit seiner Bevölkerung verantwortlich ist, verabsäumt, seine Gesetze so zu gestalten, dass sie auch hilfreich sind. Man stelle sich z. B. vor, es gibt einen Terroranschlag, dessen Auswirkungen durch die Polizei nicht zu bewältigen sind, und wegen unklarer Rechtslage wird das Bundesheer nicht oder zu spät eingesetzt, muss eventuell sogar zuschauen, weil es nicht zuständig sei, und darf nicht wirksam werden, obwohl es das Personal, das Know-how und die Mittel hat.

/ „Das stimmt ja nicht“, höre ich jetzt die Kundigen aufschreien, „es gibt ja die Option des sicherheitspolizeilichen Assistenzeinsatzes oder der selbstständigen Landesverteidigung!“

/ Ja, das ist richtig, aber auch das gehört für den jeweiligen Anlass behördenübergreifend geübt und vorbereitet. Dabei hat man sich an den praktischen und taktischen Erfordernissen zu orientieren und wenn die legislativen Grundlagen und Kompetenzzuordnungen nicht ausreichend sind, um die dramatischen Auswirkungen eines Terroranschlags zu bewältigen, müssen sie eben geschaffen werden. Das muss rasch und auf eine umsichtige Art und Weise erfolgen und darf sich nicht in Kompetenzstreitigkeiten, Ressourcenneid oder gar Eifersüchteleien erschöpfen. Von einem Terroranschlag Betroffene wollen nur rasche Hilfe, und das dadurch angeschlagene allgemeine Sicherheitsgefühl der nicht von einem Anschlag unmittelbar Betroffenen verlangt nach rascher Wiederherstellung desselben.

/ Unsere Welt ist sehr komplex geworden, die hybride und asymmetrische Bedrohung erfordert ein umfassendes Wirksamwerden des Staats. Die vorliegende Ausgabe von „Der Offizier“ beleuchtet, wie schon die vorigen Ausgaben, punktuell verschiedene Aspekte der Komplexität von sicherheits- und gesellschaftspolitischen Entwicklungen und zeigt Zusammenhänge und Antworten.

Ihr Chefredakteur
Herbert Bauer

DER OFFIZIER

Medieninhaber und Herausgeber: Österreichische Offiziersgesellschaft, Schwarzenbergplatz 1, 1010 Wien, ZVR-Zahl: 795014511 | Chefredakteur: GenMjr Mag. Herbert Bauer | Erscheinungsort: Wien | MitarbeiterInnen dieser Ausgabe: Bgdr i. R. A. Eigentler, MSD; Obst i. R. O. Heel (Tirol-Beilage); Thomas Haffer; M. Musner; M. Sala | Marketing: Dr. Michael Radtke, marketing@oog.at | Hersteller: TARGET GROUP Publishing GmbH, Brunecker Straße 3, 6020 Innsbruck | Druck: Ing. F. Feilhauer, 2620 Neunkirchen, Seebensteiner Straße 11 | Fotos: Titelbild: Bundesheer/ Gunter Pusch, andere gem. Einzelnachweis.

Namentlich gezeichnete Beiträge müssen sich nicht mit der Meinung des Herausgebers decken. Unaufgefordert eingesandte Beiträge bedeuten keine automatische Veröffentlichung.

Internet: www.oog.at, deroffizier@oog.at

Offenlegung gemäß § 24 und § 25 Mediengesetz:
Die Zeitschrift „Der Offizier“ befindet sich zu 100 % im Eigentum der Österreichischen Offiziersgesellschaft, 1010 Wien, Schwarzenbergplatz 1. Die Richtung der überparteilichen Zeitschrift ist durch die Statuten der ÖOG bestimmt und bezweckt Information in Wort und Bild zu Themen der österreichischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik.

Brief des Präsidenten

Trendumkehr geschafft



© OÖG/FOTOSTUDIO WILKE

Die letzten Wochen und Monate waren geprägt von ständig neuen Meldungen, die den militärisch Interessierten in Österreich mit Freude erfüllen konnten: Aussetzen des Sparprogrammes „ÖBH 2018“, dafür „Landesverteidigung 21.1“ mit Sonderbudget für das Bundesheer, Stopp der Kasernenverkäufe, Beschaffung von Schutzausrüstung für die Soldaten, Beschaffung geschützter Gefechtsfahrzeuge, Aufstellung neuer Bataillone und Kompanien, Aufnahmeoffensive, Stärkung der Miliz etc.

Worin liegen die Wurzeln dieses Umschwungs?

Mit der vor einem Jahr einsetzenden Migrationswelle durch und nach Österreich und den Terroranschlägen des IS in Europa wurde für jeden erkennbar, dass sicherheitspolitische Analysen und Lagebilder nicht bloß akademische Fingerübungen sind. Denn alle diese Gefahren für die Sicherheit Österreichs sind seit Jahren bekannt und finden sich in allen sicherheitspolitischen Grundsatzzpapieren. Schließlich beginnt eine vernünftige Lagebeurteilung bei der „Feindlage“. Doch bis Ende 2015 war es politisch nicht opportun, auch entsprechende Vorsorgen zu treffen. Diese Nachlässigkeit war nicht länger zu kaschieren, als an Österreichs Grenzen die „Staatsmacht“ – Polizei und Bundesheer – von Migranten überrannt wurde. Viele Bürger fragten auf einmal völlig zu Recht, was passiert, wenn Österreich einmal ein wirkliches Sicherheitsproblem hat?

/ Der Wechsel an der Ressortspitze erleichterte den Umschwung. Hans Peter Doskozil konnte sich problemlos von den Sparprogrammen seines

Vorgängers distanzieren. Seit Jänner 2016 repräsentiert er das neue Selbstbewusstsein des Bundesheers. Er vertritt einen neuen Stil nach innen und außen. Über Parteigrenzen hinweg genießt er hohe Sympathiewerte, da er die Dinge beim Namen nennt. Seit Langem hat das Bundesheer wieder einen Ressortchef, der sich für das Militär einsetzt und nicht den Eindruck erweckt, dass er das Bundesheer lieber früher als später abschaffen möchte.

Wehrhaftes Österreich

Es ist auch ein Verdienst der wehrpolitischen Vereine, die das Licht der sicherheitspolitischen Vernunft durch eine dunkle Periode der österreichischen Militärgeschichte getragen haben. Unsere Warnungen, Forderungen und Appelle wurden lange Zeit abgetan oder sogar bekämpft. Doch heute werden bei Ansprachen und Kommandanten-Tagungen von politischen und militärischen Spitzen ganz selbstverständlich Begriffe und Formulierungen verwendet, für die wir noch vor wenigen Monaten heftig kritisiert wurden.

/ Als „sicherheitspolitisches Gewissen der Republik“ hatte die ÖOG großen Anteil daran, dass sich die Plattform Wehrhaftes Österreich als Verband der wehrpolitischen Vereine Österreichs gebildet hat. Mit ihren bundesweit ca. 300.000 Mitgliedern versteht sie sich als größte Lobby für das Bundesheer. Unsere gemeinsame Bürgerinitiative „Stopp der Bundesheer-Zerstörung. Für ein sicheres Österreich!“ hat zum Meinungsumschwung einen wichtigen Beitrag geleistet.

Es gibt noch viel zu tun!

Bei aller Freude über die positiven Entwicklungen der letzten Monate darf nicht übersehen werden, dass eine nachhaltige Sanierung des Bundesheers noch viele Jahre dauern wird. Der Investitionsrückstau bei Ausrüstung, Bewaffnung, Fahrzeugen und baulicher Infrastruktur ist so enorm, dass auch nach der Laufzeit des Sonderbudgets große finanzielle Anstrengungen erforderlich sein werden. Dafür wäre es sinnvoll, wenn endlich eine Budgetierung erfolgt, die dem Bundesheer auf Dauer Mittel zusichert. Unsere Botschaft in dieser Frage ist ganz klar: Das Bundesheer braucht ein Regel-Budget von zumindest einem Prozent des BIP!

/ Denn schon Prinz Eugen wusste, was passiert, wenn die offensichtliche Krise gemeistert ist: „Sie schreien nach uns um Hilfe, wenn ihnen das Wasser in das Maul rinnt, und wünschen uns vom Hals, kaum als einen Augenblick dasselbige verschwunden.“

Rückkehr zum Miliz-System

Vor zehn Jahren wurde die Miliz mit der Verkürzung des Grundwehrdiensts auf sechs Monate in die Freiwilligkeit übergeführt. Aus dem Pool der Grundwehrdiener wird daher der gesamte Nachwuchs an Berufs- und Milizsoldaten rekrutiert. Das bedeutet aber auch, dass ausgerechnet jene Berufsgruppe im Bundesheer, bei der es die höchsten Fehlstellen gibt – die Gruppenkommandanten –, über die Zukunftsfähigkeit entscheidet. Die „Attraktivierung des Grundwehrdiensts“ war bisher nicht ausreichend erfolgreich.

/ Solange das Ziel der Österreichischen Sicherheitsstrategie (ÖSS) nicht erreicht ist, 55.000 Soldaten gleichzeitig, strukturiert, bewaffnet und mobil aufbieten zu können, müssen wir unsere Forderung aufrechterhalten, zum bewährten 6+2-Modell mit verpflichtenden Milizübungen zurückzukehren. Zumindest müsste aber der § 21 Abs. 3 des Wehrgesetzes angewendet werden.

/ Wer jetzt befürchtet, dass das für die Wirtschaft eine untragbare Mehrbelastung darstellen würde, kann beruhigt sein. Denn aktuell sind nur 0,36 Prozent der Erwerbstätigen (!) in der Miliz übungspflichtig. 2016 werden diese Milizsoldaten ca. 106.000 Waffenübungstage leisten – das sind etwa 0,20 Prozent der Krankenstandstage in Österreich.

/ Es gibt also wirklich keinen Grund, das in der Verfassung festgelegte Miliz-System nicht wieder mit Leben zu erfüllen!

Mag. Erich Cibulka, ObstdhmfD
Präsident der Österreichischen
Offiziersgesellschaft



125 Jahre
HGM

täglich von 9.00–17.00 Uhr geöffnet



Kriege gehören ins
Museum®



Ausstellung

Der Erste Weltkrieg

HGM
HEERESGESCHICHTLICHES MUSEUM

1030 Wien · Arsenal · Straßenbahn D/O/18 · www.hgm.at

NATO-Gipfel 2016 – Warschau



„Familienfoto“ des NATO-Gipfels Warschau 2016

Am 9. Juli 2016 wurde beim Treffen des Nordatlantikrats auf Ebene der Staats- und Regierungschefs in Warschau eine „Erklärung von Warschau zur transatlantischen Sicherheit“ verabschiedet. Darin wird festgestellt, dass die NATO mit den in Warschau gefassten Beschlüssen ihre Verteidigung und Abschreckung verbessern will und mehr für die Stärkung der Stabilität jenseits ihrer Grenzen leisten möchte.

/ Die kollektive Verteidigung bleibt jedoch die Hauptaufgabe der NATO. Grundlage der Abschreckung und Verteidigung soll eine geeignete Mischung aus nuklearen, konventionellen und Raketenabwehrfähigkeiten sein. Es wurde festgestellt, dass die Verteidigungshaushalte der Bündnispartner

nun wieder in Richtung der Ziele ansteigen, zu denen man sich in Wales verpflichtet hat.

/ Man setzt auf Abschreckung und Verteidigung gegen Bedrohungen aus allen Richtungen. Aufbauend auf dem in Wales verabschiedeten Aktionsplan zur Reaktionsfähigkeit soll die Präsenz der Streitkräfte im östlichen Teil des Bündnisses erhöht werden. Man will die Verteidigungsmaßnahmen und Widerstandsfähigkeit gegenüber Cyber-Angriffen und hybriden Bedrohungen verstärken und die Fähigkeiten zur Abwehr von Angriffen mit ballistischen Raketen von außerhalb des euro-atlantischen Raums verbessern.

/ Diese Maßnahmen sieht die NATO als defensiv, verhältnismäßig und transparent, im Einklang mit den recht-

lichen und politischen Verpflichtungen des Bündnisses und als Ausdruck der Achtung gegenüber der Sicherheitsarchitektur in Europa. Man stelle für kein Land eine Bedrohung dar und ist bereit zu einem sachorientierten Dialog mit Russland. „Wenn unsere Nachbarn mehr Stabilität haben, haben wir mehr Sicherheit. Angesichts des Bogens der Instabilität jenseits unserer Grenzen ist dies heute umso wichtiger. Wir stellen uns in Solidarität geeint gegen den Terrorismus, der eine unmittelbare und direkte Bedrohung für unsere Nationen und die internationale Gemeinschaft darstellt. Wir sind bereit, unseren Partnerländern mehr dabei zu helfen, für ihre eigene Sicherheit Sorge zu tragen, sich vor Terrorismus zu schützen und ihre Widerstandsfähig-

keit gegenüber Angriffen zu stärken“, lautet Punkt 7 der Erklärung zur transatlantischen Sicherheit.

/ Weiters will man den politischen Dialog und die praktische Zusammenarbeit mit den Partnern im Nahen Osten und in Nordafrika vertiefen. Die NATO wird die Ausbildung und den Kapazitätsaufbau für den Irak verbessern und die AWACS-Flugzeuge zur Unterstützung der Globalen Koalition für die Bekämpfung von ISIL zur Verfügung stellen. Die NATO verweist auf ihren Beitrag zur Bewältigung der Flüchtlings- und Migrantenkrise im Ägäischen Meer und ist bereit, in Zusammenarbeit mit der Europäischen Union ergänzend zusätzliche Unterstützung für die internationalen Anstrengungen im Mittelmeer in Betracht zu ziehen. Man denkt daran, die Operation SOPHIA der EU zu ergänzen und/oder auf ein Ersuchen der EU hin zu unterstützen, und zwar durch die Bereitstellung von Fähigkeiten einschließlich Nachrichtengewinnung, Überwachung und Aufklärung sowie logistischer Un-

terstützung und, auf ein Ersuchen der legitimen libyschen Behörden und/oder der EU hin, durch Beiträge zum Kapazitätsaufbau der libyschen Küstenwache und Marine. Dies würde im Zusammenhang mit der Umsetzung der Resolution 2292 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen zur Lage in Libyen in enger Abstimmung mit der EU erfolgen.

/ Auch die Unterstützung für Afghanistan soll fortgesetzt werden, einem Partner, dem sich die NATO langfristig verpflichtet fühlt, was in einer eigenen „Gipfelerklärung von Warschau zu Afghanistan“ zum Ausdruck gebracht wurde.

/ Mit Hinweis auf den Glauben an ein ungeteiltes, freies und friedliches Europa wird die NATO die Ukraine (Gemeinsame Erklärung der NATO-Ukraine-Kommission auf Ebene der Staats- und Regierungschefs vom 9. Juli 2016) und Georgien (Gemeinsame Erklärung der NATO-Georgien-Kommission auf Ebene der Außenminister vom 8. Juli 2016) vermehrt unterstüt-

zen und der Republik Moldau auch weiter Beistand leisten. Man will die Zusammenarbeit mit Partnerländern im Schwarzmeer- und im Ostseeraum sowie im westlichen Balkan vertiefen und die wichtige Operation in Kosovo aufrechterhalten.

/ Die strategische Partnerschaft zwischen der NATO und der Europäischen Union wird für die Sicherheit unserer Nationen und des euro-atlantischen Raums immer bedeutender angesehen, weswegen die Zusammenarbeit zwischen der NATO und der Europäischen Union bei der Abwehr hybrider Bedrohungen, durch die Operationen im Mittelmeer und bei der Unterstützung von Partnerländern vertieft werden soll, sodass diese besser für ihre eigene Sicherheit Sorge tragen können.

/ Mit Hinweis auf das baldige neue Mitglied, Montenegro, wurde die Politik der offenen Tür der NATO auch weiterhin als verpflichtend angesehen, um das Bündnis zu stärken und zur euro-atlantischen Sicherheit beizutragen. ▶



© BUNDESHEER/PIUSCH

Vereinbarung zur Cyber-Abwehr

Unter Berücksichtigung der neuen Realitäten bei den Sicherheitsbedrohungen für die NATO vereinbaren die Staats- und Regierungschefs des Bündnisses am 8. Juli 2016 in Warschau sicherzustellen, dass das Bündnis auf der Höhe der schnellen Entwicklungen im Bereich der Cyber-Bedrohungen bleibt und sich die Mitglieder im virtuellen Raum genauso gut verteidigen können wie in der Luft, auf dem Land und zur See.

/ Man vereinbarte, die Stärkung und Verbesserung der Cyber-Abwehrfähigkeiten der nationalen Netzwerke und Infrastrukturen mit Vorrang anzugehen und zusammen mit einer ständigen Anpassung der Cyber-Abwehrfähigkeiten der NATO die Cyber-Abwehr und die allgemeine Widerstandsfähigkeit des Bündnisses zu stärken.

Hierzu sollen vor allem

- die Cyber-Abwehr in die Operationen integriert werden und die verlegbaren Netze ausgeweitet werden;
- auf nationaler Ebene ausreichend Ressourcen für die Stärkung der Cyber-Abwehrfähigkeiten zugeteilt werden;
- Zusammenarbeit und Austausch bewährter Verfahren gefördert werden;
- durch Austausch von Informationen das Lagebild verbessert werden;
- Sachkenntnis und das Bewusstsein für eine grundlegende Cyber-Hygiene bis hin zu den ausgereiftesten und robustesten Fähigkeiten zur Cyber-Abwehr verbessert werden;
- die Aus- und Weiterbildung sowie Übungen der Streitkräfte im Cyber-Bereich gefördert und die Ausbildungsstätten verbessert werden;
- die Umsetzung der vereinbarten Verpflichtungen im Cyber-Bereich, einschließlich der Verpflichtungen zu denjenigen nationalen Systemen, von denen die NATO abhängig ist, vorangetrieben werden.

Verpflichtung zur Erhöhung der Widerstandskraft

Die Staats- und Regierungschefs des Nordatlantischen Bündnisses erklären



Die NATO wird AWACS-Flugzeuge zur Unterstützung der Globalen Koalition für die Bekämpfung von ISIL zur Verfügung stellen. Die E-3A kann über zehn Stunden in der Luft bleiben. Alle E-3A-Flugzeuge können in der Luft betankt werden.

© NATO

beim Treffen des Nordatlantikrats am 8. Juli 2016 in Warschau ihre Entschlossenheit, die individuelle und kollektive Fähigkeit zu erhalten und weiterzuentwickeln sowie jeder Form von bewaffnetem Angriff widerstehen zu können. In diesem Zusammenhang verpflichten sie sich zur weiteren Erhöhung der Widerstandsfähigkeit in Bezug auf das gesamte Spektrum an Bedrohungen aus allen Richtungen, einschließlich hybrider Bedrohungen.

/ Die Widerstandsfähigkeit sehen sie als eine unerlässliche Grundlage für eine glaubhafte Abschreckung und Verteidigung sowie eine wirkungsvolle Erfüllung der Kernaufgaben des Bündnisses. Hierbei beruft man sich auf die Verpflichtungen im Nordatlantikvertrag und betont die Unteilbarkeit der Sicherheit und die Abstützung auf die Solidarität und die Verpflichtung, einander zu verteidigen.

/ Man verweist auf eine größere und sich verändernde Bandbreite an militärischen und nichtmilitärischen Herausforderungen und erkennt in diesem Zusammenhang eine notwendige, langfristige Anpassung des Bündnisses. Um widerstandsfähig gegenüber diesen Herausforderungen zu sein, sollen die Bündnispartner ihre kritischen zivilen Fähigkeiten neben und zusammen mit den militärischen Fähigkeiten erhalten

und schützen und mit allen staatlichen Einrichtungen und der Privatwirtschaft zusammenarbeiten. Das Bündnis muss hierzu gegebenenfalls auch weiter auf internationale Organisationen, insbesondere die Europäische Union, und Partnerländer zugehen.

/ Zur Ergänzung und Gewährleistung der Einsatzfähigkeit der militärischen Fähigkeiten soll auch die Zivilverteidigung weiter verbessert werden. Bei der Zivilverteidigung, die man vor allem als eine nationale Aufgabe betrachtet, sollen Bevölkerungen und Gebiete geschützt werden, indem die Aufrechterhaltung der Regierungsgewalt und der Versorgung und die Sicherheit der kritischen zivilen Infrastruktur verbessert werden. Auch soll die Fähigkeit, auf Angriffe mit chemischem, biologischem, radiologischem oder nuklearem Material zu reagieren, weiter vorbereitet werden, um solche Angriffe zu verhüten und abzuwehren zu können.

/ Die Grundlage für die Widerstandsfähigkeit liegt im gemeinsamen Bekenntnis zu den Grundsätzen der individuellen Freiheit, der Demokratie, der Menschenrechte und der Rechtsstaatlichkeit und in dem Willen, die Bevölkerungen und Gebiete der Mitgliedsstaaten gegen jede Bedrohung zu verteidigen und für diese Werte einzutreten. (Red.) ✕

Doskozil am NATO-Gipfel in Warschau



„Wichtig ist, dass wir selbst Kooperationsfelder mit dem Bündnis suchen, die mit der Neutralität vereinbar sind“, stellte Verteidigungsminister Doskozil fest.



Wichtig ist auch ein Dialog mit Russland. Denn: „Ohne Russland wird es kein sicheres Europa geben“, so Minister Doskozil.

© BUNDESHEERFALUSCH

Am 8. und 9. Juli nahm Verteidigungsminister Doskozil am NATO-Gipfel in Warschau teil. Ein wesentlicher Tagesordnungspunkt des Gipfels waren die Beziehungen zwischen der NATO und Russland. Die von der NATO verfolgte „Doppelstrategie“ wurde durch Minister Doskozil als nachvollziehbar eingeschätzt. Diese umfasst sowohl Truppenstationierungen in den baltischen Staaten und in Polen als auch einen Dialog mit Russland. In einer ORF-Liveschaltung aus Warschau betonte der Verteidigungsminister die Wichtigkeit beider Ansätze. Indes ist die durch Deutschland geforderte Notwendigkeit des Dialoges zwischen der NATO und Russland aus der Sicht des Ministers zu begrüßen. „Ohne Russland wird es kein sicheres Europa geben“, so Doskozil.

Kooperation im Rahmen der NATO „Partnership for Peace“

„Die Stabilität Afghanistans ist von besonderer Bedeutung für Österreich. Eine der größten Gruppen von Migranten in Österreich sind afghanische Staatsbürger, denen in ihrer Heimat die Lebensgrundlagen entzogen wurden“, stellte der Verteidigungsminister fest und verwies dabei auf die aktuellen Zahlen der Migrationsströme. Österreich unterstützt daher alle Maßnahmen, die zu einer Stabilisierung des Landes beitragen.

Die bisherige österreichische Beteiligung an der NATO-Mission („Resolute Support Mission“) in Afghanistan zur Ausbildung lokaler Sicherheitskräfte wird fortgesetzt. Zudem könnte in Zukunft ein österreichischer Beitrag in der Ausbildung von afghanischen Sicherheitskräften im Gebirgskampf liegen. Hier hat das Bundesheer eine international anerkannte Expertise und ist im Rahmen der „Mountain Training Initiative“ (MTI) auch international gut vernetzt.

Aktive Rolle Österreichs

Terrorbedrohungen und die zunehmende Destabilisierung des europäischen Umfeldes sind die größten Herausforderungen für Österreich und Europa heute und in nächster Zukunft. Österreich ist daher „besonders an Strategien der NATO zur Stabilisierung der von Migrationsströmen betroffenen Regionen wie Nordafrika und Afghanistan, aber auch an konkreten Maßnahmen zur Bekämpfung des Schlepperwesens interessiert“, so Minister Doskozil. „Berührungspunkte“ gegenüber der NATO wären daher fehl am Platz.

/ „Wichtig ist, dass wir selbst Kooperationsfelder mit dem Bündnis suchen, die mit der Neutralität vereinbar sind“, so der Verteidigungsminister. Und weiter: „Wir sind ein neutraler Staat, aber Teil der europäischen Sicherheit. Damit ist klar, dass wir mit der NATO kooperieren und im Reigen der NATO-Staaten einen Beitrag leisten.“ (BMLVS; Red.) ✕

Keine Vorwarnzeit für Inlandsaufgaben – Rüsten wir jetzt!

PROFESSOR BRIGADIER DR. HABIL. HARALD PÖCHER

Spätestens seit der Bundesheerreformkommission unter Helmut Zilk trat der Begriff der Vorwarnzeit in den Vordergrund, als es darum ging, die Vorhalteerfordernisse und Zeitanhalte zu beurteilen, welche notwendig sind, um gegen die verschiedenen und zu erwartenden Bedrohungen bestmöglich gerüstet zu sein. Mit der Vorwarnzeit von mindestens zehn Jahren wurde damals eine Abrüstung der schweren Waffen gerechtfertigt, da man beurteilte, dass der Ausbruch eines konventionellen Kriegs in Europa über Nacht ziemlich unwahrscheinlich geworden ist. Die klassische Landesverteidigung trat damit in den Hintergrund aller Vorbereitungen und wird, wenn überhaupt, nur mehr in den Hörsälen der Militärhochschulen gelehrt. Mit der Reduktion von schweren Waffen, welche verschrottet oder zu Tiefstpreisen verkauft wurden, und der Vernachlässigung von praktischen Übungen ging ein grundsätzlicher Fä-

higkeitsverlust einher. Dieser muss im Angesicht der neuen vielfältigen Bedrohungen, welche nahezu ohne Vorwarnung auf uns hereinprasseln, unverzüglich ausgeglichen werden und eine neue, dringend benötigte Einsatzbereitschaft nunmehr wieder mühevoll aufgebaut werden. Rufen wir uns in Erinnerung, dass am Höhepunkt des Kalten Kriegs in unserem Raumverteidigungskonzept mehrere hunderttausend Soldaten zum Schutz unserer Heimat vorgesehen waren. Heute plant das Bundesheer aufgrund politischer Vorgaben, gerade mal 55.000 Soldatinnen und Soldaten mobilzumachen, und von den einstmals vorhandenen schweren Waffensystemen sind gerade so viele übriggeblieben, dass einem der Spruch „zum Leben zu wenig und zum Sterben zu viel“ in den Sinn kommt.

Seit dem Bestehen des Bundesheers haben die österreichischen Streitkräfte nicht nur die primäre Aufgabe der klassischen Landesver-

teidigung zu erfüllen, sondern auch Sekundäraufgaben im Rahmen von Katastropheneinsätzen und, sofern es nötig sein sollte, auf Anforderung durch die zuständige Behörde die Ordnung und Sicherheit im Inland in Österreich überhaupt aufrechtzuerhalten. Das kann beispielsweise durch den Schutz der verfassungsmäßigen Einrichtungen unseres Landes (wie etwa Regierung, Parlament, Landesregierungen, Landtage oder Bezirkshauptmannschaften) und der Sicherung der demokratischen Freiheiten der Bürgerinnen und Bürger erfolgen.

Beide Aufgaben – Katastropheneinsätze und Einsätze zur Aufrechterhaltung der Sicherheit im Inland – zeichnen sich dadurch aus, dass sie nahezu keine Vorwarnzeit haben. Naturkatastrophen und von Menschenhand herbeigeführte Katastrophen können immer und fast überall passieren. Spätestens seitdem Europa durch das gezielte Einschleusen von gewaltbereiten Terroristen, welche ohne größere Kontrollen gemeinsam mit der ersten Migrationswelle nach Europa hereingespült wurden, bedroht ist, ist die Terrorgefahr stark gestiegen und das subjektive Sicherheitsgefühl der Bevölkerung stark gesunken. Aber es ist nicht nur die Terrorgefahr, welche die Menschen in Europa beunruhigt, es wird auch die zunehmende Angst vor dem Verlust der sozialen Sicherheit immer mehr spürbar. Am Ende einer weiteren Abwärtsspirale bei der Sicherstellung des sozialen Friedens kann die offene Aggression zwischen unterschiedlichen Gruppen der Gesellschaft stehen, welche auch zu bürgerkriegsähnlichen Ausschreitungen eskalieren könnte. Mit der Erhöhung der

Wahrscheinlichkeit, dass all die neuen Bedrohungen, welche im Wesentlichen die innere Sicherheit eines Staats massiv beeinträchtigen können, auch eintreten, hat der Begriff der Vorwarnzeit eine neue Bedeutung für die Vorbereitungen der Streitkräfte auf sogenannte sekundäre Einsätze erhalten. Es gilt nunmehr, unter einer Vorwarnzeit von nahezu „null“, genügend Streitkräfte mit der bestmöglichen Ausrüstung zur Verfügung zu haben, um die Exekutive zu unterstützen, wenn sie eine eskalierende Lage nicht mehr unter Kontrolle halten kann. Beispiele wären etwa gegen Österreich gerichtete Großdemonstrationen, Gewalttätigkeiten zwischen verfeindeten Zuwanderergruppen oder Auseinandersetzungen extremistischer Formationen etc. Es ist daher ein Gebot der Stunde, dass das Bundesheer rasch wieder an Mannstärke zulegt und auch im Rüstungsbereich für den geeigneten Schutz und Waffenwirkungen Vorsorgen trifft, ▶

BUNDES-VERFASSUNGSGESETZ (B-VG)

Artikel 79.

- (1) Dem Bundesheer obliegt die militärische Landesverteidigung. Es ist nach den Grundsätzen eines Milizsystems einzurichten.
- (2) Das Bundesheer ist, soweit die gesetzmäßige zivile Gewalt seine Mitwirkung in Anspruch nimmt, ferner bestimmt
 1. auch über den Bereich der militärischen Landesverteidigung hinaus
 - a) zum Schutz der verfassungsmäßigen Einrichtungen und ihrer Handlungsfähigkeit sowie der demokratischen Freiheiten der Einwohner
 - b) zur Aufrechterhaltung der Ordnung und Sicherheit im Inneren überhaupt;
 2. zur Hilfeleistung bei Elementarereignissen und Unglücksfällen außergewöhnlichen Umfangs.
- (3) Weitere Aufgaben des Bundesheeres werden durch Bundesverfassungsgesetz geregelt.
- (4) Welche Behörden und Organe die Mitwirkung des Bundesheeres zu den im Abs. 2 genannten Zwecken unmittelbar in Anspruch nehmen können, bestimmt das Wehrgesetz.
- (5) Selbständiges militärisches Einschreiten zu den im Abs. 2 genannten Zwecken ist nur zulässig, wenn entweder die zuständigen Behörden durch höhere Gewalt außerstande gesetzt sind, das militärische Einschreiten herbeizuführen, und bei weiterem Zuwarten ein nicht wieder gutzumachender Schaden für die Allgemeinheit eintreten würde, oder wenn es sich um die Zurückweisung eines tätlichen Angriffes oder um die Beseitigung eines gewalttätigen Widerstandes handelt, die gegen eine Abteilung des Bundesheeres gerichtet sind.



Jagdkommand-Übung – Eindringen in ein Gebäude mit Hund

Kontaktlos zahlen mit Karte oder Handy.

Wenn's um die Bank der Zukunft geht, ist nur eine Bank meine Bank.

Ihre Pole Position an der Kassa: Zahlen Sie jetzt bequem kontaktlos mit Ihrer Raiffeisen Bankomatkarte oder Ihrem Smartphone mit der ELBA-pay App. Einfach, praktisch und sicher, ohne PIN-Eingabe bei Beträgen bis 25 Euro. Mehr Infos erhalten Sie bei Ihrem Raiffeisenberater oder auf meinbanking.raiffeisen.at.

JETZT BEI Google play Jetzt ELBA-pay downloaden!



ZUR PERSON

Professor Brigadier Dr. habil. Harald Pöcher ist Mitglied der OGB und Leiter der Revisionsabteilung B im BMLVS.

um alle verfassungsmäßig vorgesehenen Aufgaben erfüllen zu können. Die derzeitigen Ansätze geben Anlass zur Hoffnung, aber die Zeit drängt.

/ Während für die Einsätze in unterschiedlichen Katastrophenszenarien – von Überflutungen, Lawinen- und Murenabgängen bis hin zu Nuklearkatastrophen, herbeigeführt durch Zwischenfälle in grenznahen Atomkraftwerken, oder Seuchen – das Bundesheer weitgehend ausgerüstet und ausgebildet ist, ist ein Einsatz bei den unterschiedlichsten Terrorausprägungen für das Bundesheer, aber auch für andere staatliche Organisationen ziemliches Neuland.

/ Die Terrorgefahr hat viele Ausprägungsformen und kommt Kleinstlebewesen gleich, die ihr Aussehen und ihre Wirkungen ständig verändern können. Genauso wie sich die Schulmedizin mit der Bekämpfung der ständig mutierenden Bakterien und Viren schwertut, ergeht es den Sicherheitsexperten bei der Einschätzung der bestmöglichen Abwehrmaßnahmen gegen Terrorangriffe. Terrorismus in Europa stellt eine ernsthafte Bedrohung unserer, auf christlichen Werten basierenden, Lebensgrundlage dar, der nur mit einer engen Zusammenarbeit aller Einsatzkräfte – unabhängig von der rechtlichen Zuständigkeit – wirkungsvoll begegnet werden kann. Ohne hier die Leserschaft verunsichern zu wollen, reichen die Terrorbedrohungen von Cyberangriffen über den Einsatz von ferngesteuerten Spielzeugflugzeugen, welche auf Menschenansammlungen Giftgas versprühen können, bis hin zu Sprengstoffanschlägen aller Art oder, wie

jüngst, Überfällen mit automatischen Waffen oder Messerattacken.

/ Das österreichische Bundesheer darf zwar nach der geltenden Rechtslage unter Friedensbedingungen nur nach Anforderung der Sicherheitsbehörden bei Terroranschlägen außerhalb militärischer Liegenschaften einschreiten, jedoch sieht die Bundesverfassung auch ein selbstständiges Einschreiten des Bundesheers vor, wenn entweder die zuständigen Behörden durch höhere Gewalt außerstande gesetzt sind, das militärische Einschreiten herbeizuführen, und bei weiterem Zuwarten ein nicht wieder gutzumachender Schaden für die Allgemeinheit eintreten würde. Wir können uns in Österreich eine Vogel-Strauß-Politik nicht länger leisten und müssen die Streitkräfte, auch bei der Schutzausrüstung, der Bewaffnung und bei der Ausbildung gegen Terrorbedrohung jeglicher Art, entsprechend vorbereiten, auch wenn dies vielerorts nicht widerspruchlos zur Kenntnis genommen werden wird. ✘



Gepanzerte Fahrzeuge zum Schutz der Soldaten



Militärstreife/Militärpolizei-Übung – „Zugriff“

Neue Grenzschutz-agentur für Europa



Das FRONTEX-Lagezentrum

Am 6. Juli 2016 beschlossen die Abgeordneten des Europäischen Parlaments, mit einer Mehrheit von 483 Ja-Stimmen zu 181 Nein-Stimmen, einen Plan der EU-Kommission zur Bildung einer gemeinsamen europäischen Grenz- und Küstenwache (European Border and Coast Guard).

/ Diese neue europäische Agentur wird nationale Grenzschutzbehörden sowie die jetzige EU-Grenzschutzorganisation FRONTEX zusammenführen.

/ Für die Sicherung der Außengrenzen werden weiterhin die nationalen Behörden der einzelnen Mitgliedsstaaten verantwortlich sein. In besonderen Krisensituationen kann ein jedes Mitgliedsland die Europäische Grenz- und Küstenwache zur Unterstützung anfordern. Bei solchen Krisensituationen kann es sich laut der Presseaussendung der Europäischen Union vom 6. Juli 2016 beispielsweise um besonders schwere Fälle von überstaatlicher Kriminalität oder um unverhältnismäßig starke Migrationsströme handeln.

/ Auf Anfrage eines betroffenen Mitgliedslands kann die neue Grenz- und Küstenwache ein Einsatzteam entsenden. Ebenso kann die Behörde aktiv werden, wenn ein Vorschlag der EU-Kommission über einen Einsatz vom Rat der EU beschlossen wird. Falls in letzter Instanz keine der von der EU bzw. der European Border and Coast Guard geforderten Grenzschutzmaßnahmen ausgeführt werden, können andere Mit-

gliedsländer temporäre Kontrollen an den eigenen Grenzen einführen. Um sicherzustellen, dass solche Maßnahmen durchgeführt werden, kann die EU auch von einem Druckmittel Gebrauch machen. Nach Beschluss des Innenministerrats der Europäischen Union kann die Schengen-Mitgliedschaft eines EU-Staats ruhendgestellt oder sogar entzogen werden.

/ Für Einsätze an den Außengrenzen steht der europäischen Grenz- und Küstenwache Personal, das von den Mitgliedern des Schengen-Raums bereitgestellt wird, zur Verfügung. Es sollen immer 1.500 Grenzschützer in wenigen Tagen verfügbar und einsatzbereit sein. Die technische Ausrüstung der Einsatzteams ist gewährleistet und wird von der Behörde selbst gestellt. Vom Auftrag bis hin zum Einsatz vergeht weniger als eine Woche. Dieser Personal-Pool unterscheidet



Einsatz von Sensoren

Landesverteidigung 21.1

Neue Strukturen des Bundesheeres



© FRONTEX (2)

FRONTEX-Organen retten Flüchtlinge auf See.

Das FRONTEX-Gebäude

die neue Agentur von FRONTEX, da das Personal immer zu Verfügung zu stehen hat.

/ FRONTEX wird im Laufe des nächsten Jahres sowohl langsam in die neue Grenz- und Küstenwache eingegliedert als auch umstrukturiert. Wie genau diese Entwicklung vonstattengehen wird, ist noch unklar. Allerdings soll der laufende Betrieb nicht gestört werden und die Umstrukturierung schrittweise und langsam erfolgen. Bis 2017

wird die Agentur mehr Personal und Budget erhalten. Konkret heißt das, dass der Agentur statt bisher 350 ständigen Mitarbeitern Ende 2017 ca. 570 ständige Angestellte zur Verfügung stehen. Das Budget wächst von 142 Millionen Euro bis 2017 auf 330 Millionen Euro.

/ Der wesentliche Unterschied zwischen FRONTEX und der neuen Grenz- und Küstenwache ist, dass FRONTEX nur unterstützend handeln kann, die neue Agentur aber eigenständiger handeln wird. Eine „Flüchtlingswelle“ wie im Vorjahr könnte laut FRONTEX-Direktor Fabrice Leggeri so leichter bewältigt werden.

/ Ebenfalls soll die Zusammenarbeit in anderen Bereichen und mit anderen Behörden intensiviert werden. Das betrifft die Gebiete der Terrorismusbekämpfung und der Eindämmung organisierter Kriminalität über die Grenzen hinweg.

/ Um den aktuellen Zustand bzw. die aktuelle Situation an den EU-Außengrenzen besser bewerten und einschätzen zu können, ist für den Herbst 2016 ein „Stresstest“ geplant. Diese Maßnahme wird sich ähnlich darstellen wie Aktionen im Rahmen der Finanzkrise auf dem Bankensektor. Bei diesem Test soll die Verwundbarkeit der Außengrenze der EU festgestellt werden. Es steht den einzelnen betroffenen Mitgliedsländern frei, bei dieser Aktion teilzunehmen. Diese Maßnahme soll auch dazu dienen, der neuen Agentur dabei zu helfen, sich aufzustellen und die genauen Arbeitsfelder abzustecken. (Red./th) ❌

VON FRONTEX ZUR EUROPEAN BORDER AND COAST GUARD

Gründung von FRONTEX 2004:

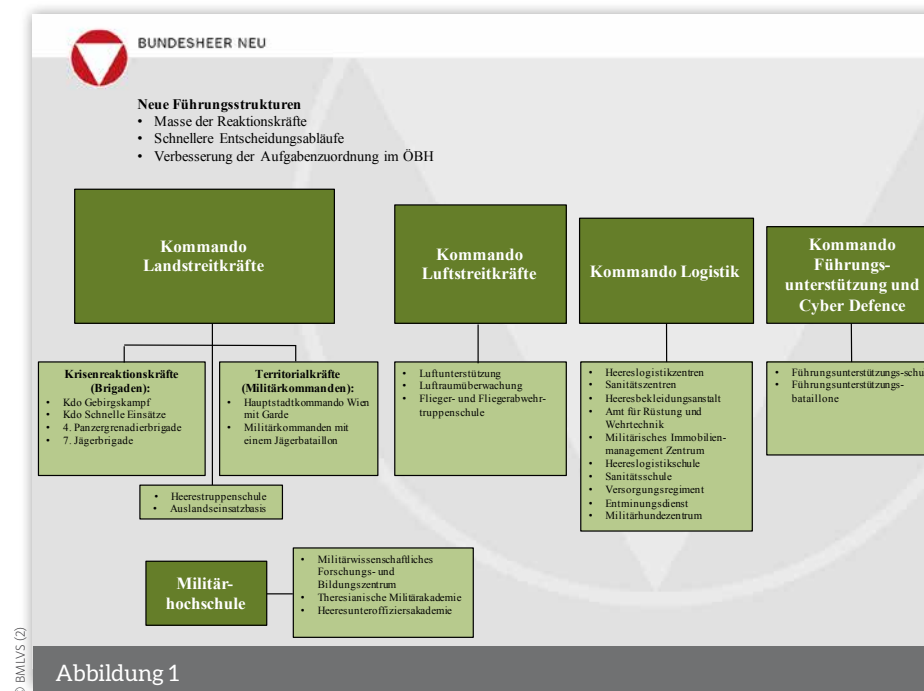
Verordnung (EG) 2007/2004 des Rates der EU vom 26. Oktober 2004

Aufgaben:

- Koordination operativer Zusammenarbeit verschiedener EU-Staaten beim Schutz der EU-Außengrenze
- Unterstützung bei der Ausbildung von nationalen Grenzschützern
- Unterstützung bei gemeinsamen Rückführungsaktionen der EU

Ende 2015: Vorschlag der Europäischen Kommission betreffend die Erweiterung der Kompetenzen von FRONTEX

6. Juli 2016: Formelle Bestätigung des Plans der EU-Kommission betreffend die Schaffung einer gemeinsamen europäischen Grenz- und Küstenwache



© BMWS (2)

Wesentliche Eckpunkte der neuen Struktur des Bundesheeres sind die Bildung von vier höheren Kommanden, nämlich das Kommando Landstreitkräfte, das Kommando Luftstreitkräfte, das Kommando Logistik und das Kommando Führungsunterstützung & CyberDefence (siehe Abb. 1). Darüber hinaus kommt es zu einer Zuordnung von Truppen zur Stärkung der Militärkommanden, zu einer Spezialisierung der Brigaden (mechanisiert, schnell, leicht, alpin) sowie der Aufstellung von fünf neuen Jägerbataillonen. Die Zentralstelle wird neu strukturiert (siehe auch Abb. 2).

Territorialkräfte

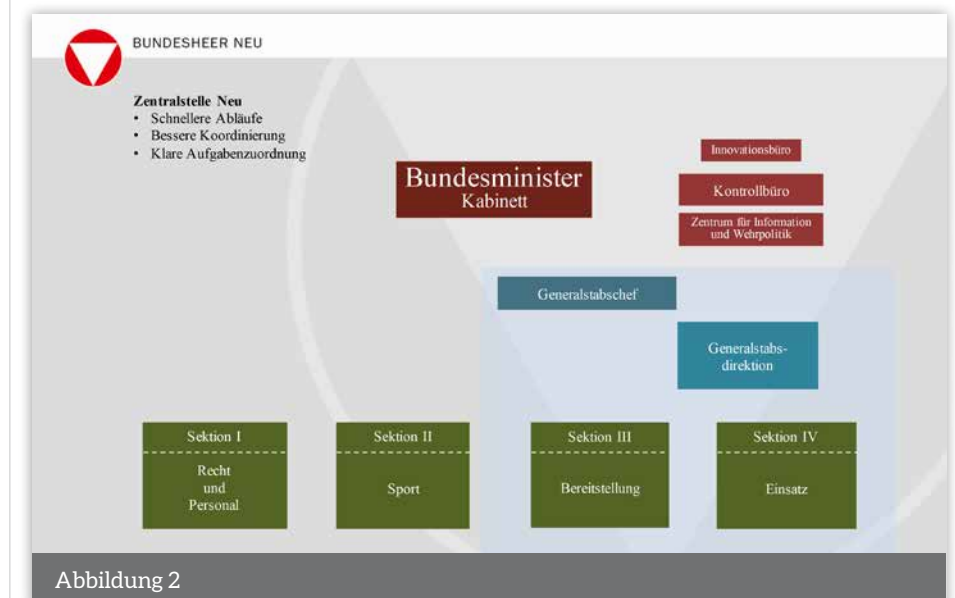
Die Jägerbataillone 1 (B), 15 (OÖ) und 7 (K) werden neu aufgestellt. Das Fliegerabwehrbataillon 3 (Salzburg) und Teile des Jägerbataillons 26 (Tamsweg) werden zum Jägerbataillon 8 und das Stabsbataillon 6 (Innsbruck) und Teile des Jägerbataillons 23 (Landeck) werden zum Jägerbataillon 6 (siehe

auch Abb. 3). Unter Berücksichtigung der Zuordnung bereits bestehender Verbände wird künftig jedes Militärkommando über ein Jägerbataillon verfügen. Zusätzlich werden den Militärkommanden die Militärischen Service Zentren (Gebäudeverwaltung) in den jeweiligen Bundesländern zugeordnet.

Bei den bisherigen gliederungsmäßigen Zuordnungen von je einem Jägerbataillon (Miliz), in Wien sind es zwei Jägerbataillone, und den Pionierkompanien in den Bundesländern sowie den neu aufzustellenden Milizkompanien treten keine Änderungen ein. Neu hingegen ist, dass die Militärkommanden wieder für die Ausbildung der infanteristischen Elemente mobilmachungverantwortlich und Träger der Milizausbildung sind.

Spezialisierung für Krisenreaktionskräfte

Die bisherigen Jägerbrigaden und mechanisierten Brigaden erhalten eine eindeutige Spezialisierung (siehe auch Abb. 4). Dies entspricht einer klaren Ausrichtung auf die einsatzwahrscheinlichsten Aufgaben des Bundesheeres. Die rasche Verfügbarkeit der Krisenreaktionskräfte wird vor allem durch Kader und Kaderpräsenzseinheiten sichergestellt. ➤



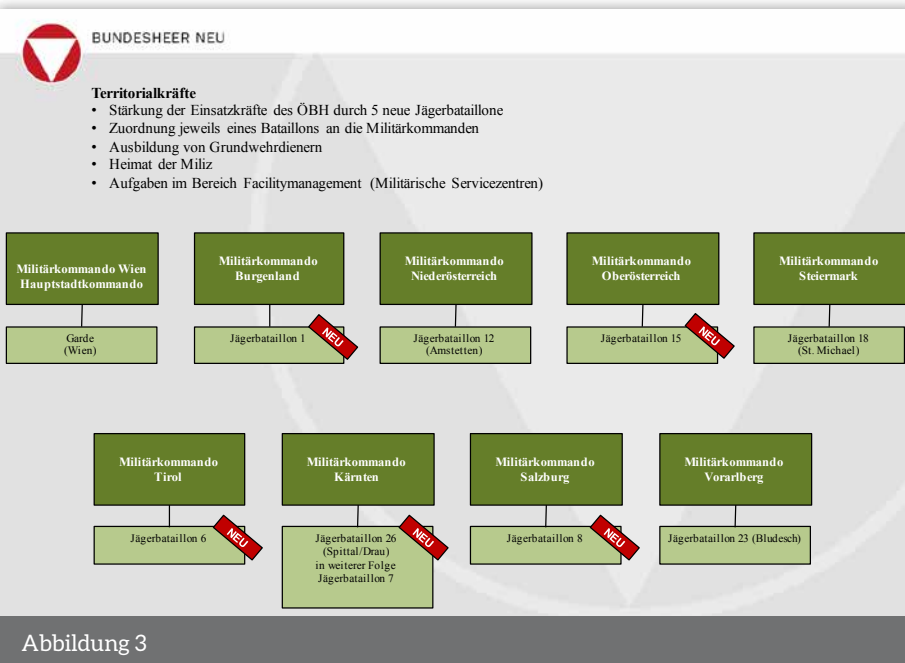


Abbildung 3

Das Kommando Schnelle Einsätze (KSE) wird aus der bisherigen 3. Panzergrenadierbrigade aufgestellt.

- Rasch verfügbar für Einsätze im In- und Ausland und Spezialisierung auf den Einsatz im urbanen Gelände
- Hauptaufgabe ist die Unterstützung der Abwehr terroristischer Bedrohungen und die Aufrechterhaltung der Sicherheit und Ordnung nach einer Terrorsituation, in der mit den Sicherheitskräften nicht das Auslangen gefunden wird.
- Stärkung der Militärpolizei

Die 4. Panzergrenadierbrigade bildet die Schwere Brigade.

- Zusammenfassung aller mechanisierten Kräfte des Bundesheers
- Vorgesehen für robuste Einsätze im In- und Ausland
- Fähigkeitserhalt zur konventionellen militärischen Landesverteidigung

Die 7. Jägerbrigade bildet die Leichte Brigade.

- Vorgesehen für Einsätze zur Stabilisierung im Ausland
- Unterstützung des Kommandos, schnelle Einsätze im Inland
- Luftlandefähig

Das Kommando Gebirgskampf entsteht aus der ehemaligen 6. Jägerbrigade.

- Spezialisierung für Einsatz im Mittel- und Hochgebirge

- Übernimmt Aufgaben im Rahmen eines europäischen Zentrums für Gebirgskampf
- Koordinierung der Ausbildung der gebirgsbeweglichen Truppen des Bundesheers (siehe auch „Der Offizier“, Ausgabe 1/16, S. 24; „Mountain Training Initiative“)

Mit dieser grundlegend neuen Strukturierung des Bundesheers sollen insbesondere die Einsatzkräfte gestärkt und Abläufe im Heer verbessert werden. Darüber hinaus soll durch die neue Organisation besser auf die aktuellen und erwartbaren Bedrohungen für Österreich reagiert werden können. (Quelle: BMLVS; Red.)

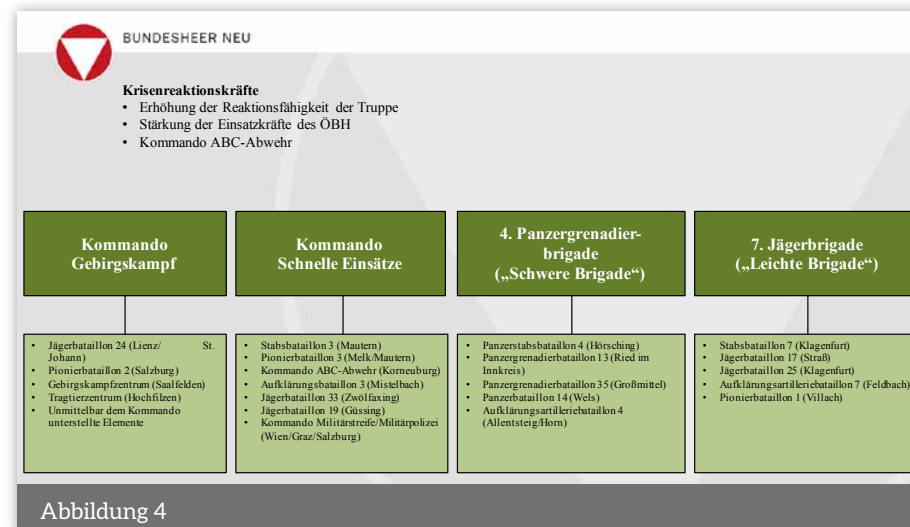


Abbildung 4

STRUKTUR IN DEN BUNDESLÄNDERN

| | |
|-------------------------|---|
| Burgenland | Militärkommando mit neuem Jägerbataillon 1 |
| Kärnten | Militärkommando mit vorerst Jägerbataillon 26 (Spittal a. d. Drau) bis zur Aufstellung eines Jägerbataillons 7 Kommando 7. Jägerbrigade („Leichte Brigade“) in Klagenfurt |
| Niederösterreich | Militärkommando mit Jägerbataillon 12 (Amstetten) Kommando Schnelle Einsätze (ehem. 3. Panzergrenadierbrigade in Mautern) ABC-Abwehr zum Kommando Schnelle Einsätze (ehem. ABC-Abweherschule) in Korneuburg |
| Oberösterreich | Militärkommando mit neuem Jägerbataillon 15 Kommando 4. Panzergrenadierbrigade („Schwere Brigade“) in Hörtsching |
| Salzburg | Militärkommando mit neuem Jägerbataillon 8 (Salzburg/Tamsweg) Kommando Luftstreitkräfte (ehem. Streitkräfteführungskommando) in Salzburg |
| Steiermark | Militärkommando mit Jägerbataillon 18 (St. Michael) Kommando Landstreitkräfte (ehem. Streitkräfteführungskommando) in Graz |
| Tirol | Militärkommando mit Jägerbataillon 6 (Innsbruck/Landeck/Absam) Kommando Gebirgskampf (ehem. 6. Jägerbrigade) in Absam |
| Vorarlberg | Militärkommando mit Jägerbataillon 23 (Bludesch) Das Jägerbataillon 23 wird durch die Neuaufstellung einer Jägerkompanie gestärkt. |
| Wien | Kommando Logistik Kommando Führungsunterstützung Militärkommando/Hauptstadtkommando mit Garde |

Landesverteidigung 21.1 Investitionsprogramm

Das Österreichische Bundesheer wird in den nächsten Jahren modernisiert und auf die Herausforderungen der Zukunft ausgerichtet. Verteidigungsminister Mag. Hans Peter Doskozil startet nach erfolgreichen Budgetverhandlungen eine Beschaffungsoffensive. Insgesamt werden bis 2020 1.208 Millionen Euro für erforderliche Beschaffungen und 535 Millionen Euro in die Infrastruktur investiert.

Für Doskozil sind diese Beschaffungen ein essenzieller Schritt in die Zukunft des Bundesheers: „Ich möchte das Bundesheer wieder fit machen für die gegenwärtigen und künftigen Aufgaben. In der Truppe herrscht große Motivation, jetzt müssen wir unseren Soldaten auch die notwendige Ausstattung geben.“ Die Beschaffungen verfolgen genau festgelegte Prioritäten: „Schwerpunkte sind die unmittelbare Schutzausrüstung des Soldaten und gehärtete und gepanzerte Fahrzeuge. Hier soll es auch ein Nachfolgemodell des Pinzgauers geben“, so der Verteidigungsminister.

Umfangreiches Beschaffungspaket

Das Beschaffungspaket umfasst alle Bereiche, angefangen von der persönlichen Ausrüstung über Fahrzeuge bis hin zu erforderlicher IKT-Infrastruktur für die Cyber-Defence. Der Zulauf wird bereits heuer beginnen. So werden in diesem Jahr noch gepanzerte Fahrzeuge der Typen Pandur (sieben Stk.), Husar (22 Stk.) und Dingo (18 Stk.) zulaufen.

Die Gebirgsverbände des Bundesheers werden heuer mit Quads (72 Stk.) und Universalgeländefahrzeugen Häggglund (32 Stk.) ausgestattet (siehe auch Info-Kasten).

Dazu kommen noch 440 ungepanzerte geländegängige Kleinfahrzeuge und LKWs und weitere Spezialfahrzeuge für die ABC-Abwehr- und Sanitätstruppe sowie für die Militärpolizei. Ab 2018 werden neue Gruppenfahrzeuge als Ersatz für die ausgeschiedenen Pinzgauer beschafft.

Stärkung der österreichischen Wirtschaft

Die Investitionen sollen auch die österreichische Wirtschaft stärken. Dazu



Husar: Zulauf von 22 Stück

wird sich das Verteidigungsministerium von externen Experten beraten lassen. Dazu Doskozil: „Mein Ziel ist es, so viel wie möglich österreichische Wertschöpfung zu generieren. Das Investitionsprogramm soll nicht nur die Sicherheit der Bevölkerung erhöhen,“

Ball der Offiziere
am 20. Jänner 2017

in der Wiener Hofburg
mit feierlicher Eröffnung um 21.30 Uhr

KARTENPREISE:
EINTRITT: € 70 STUDENTEN € 25

KARTENVORVERKAUF UND TISCHBESTELLUNG

Absolventenvereinigung
Alt-Neustadt, 1010 Wien
Schwarzenbergplatz 1
Telefon +43 1 715 05 70

Fax +43 1 712 19 64
info@ballderoffiziere.at

ONLINE TICKETVERKAUF: www.ballderoffiziere.at



Pandur: Zulauf von sieben Stück

Landesverteidigung 21.1 Infrastruktur: 500 Millionen Euro



72 Stück Quad für die österreichische Gebirgstruppe



Dingo: Zulauf von 18 Stück

sondern auch Wirtschaftsimpulse für Österreich bringen.“

Die Ausrüstung der Soldaten stellt eine weitere Priorität dar. Dieser Zulauf betrifft Präsenzkräfte und Miliz gleichermaßen. Hier wird vor allem in den Schutz der Soldaten investiert. Neben modernen Kampfhelmen und Schutzausrüstung werden auch Nachtsichtgeräte und Gehörschutzsysteme angekauft. ➤

Optimierung der Ausbildung der Soldaten

Zur Optimierung der Ausbildung der Soldaten werden auch weitere Simulationssysteme beschafft. „Unsere Soldaten setzen ihre Gesundheit und ihr Leben zum Wohle Österreichs ein. Daher ist mir der größtmögliche Schutz unserer Soldaten besonders wichtig“, so der Verteidigungsminister zu den Beschaffungen für den Individualschutz.

Neben dem Individualschutz wird auch die Sanitätsversorgung im Einsatz

verbessert. Dazu werden neue Patiententransportfahrzeuge, eine Feldambulanz und ein Feldspital beschafft. Bei der ABC-Abwehrtruppe werden neue Dekontaminationssysteme beschafft. Gleichzeitig werden die Fähigkeiten für die Detektion von Schadstoffen verbessert.

Modernisierung der Luftstreitkräfte

Auch die Luftstreitkräfte werden weiter modernisiert. Die Transportflug-

zeuge C-130 Hercules und die S-70 Black Hawk erhalten ein Avionik-Update. Zusätzlich werden bei der Hercules noch Selbstschutzsysteme eingebaut und die Nachtflugfähigkeit verbessert. Weitere große Beschaffungspakete betreffen das Nachfolgemuster für die Saab 105 Ö und die Beschaffung neuer leichter Mehrzweckhubschrauber als Ersatz für die Alouette III und die OH58 Kiowa. (BMLVS; Red.) ✕

32 NEUE GEBIRGSBEWEGLICHE GELÄNDEFahrZEUGE HÄGGLUND



Das Bundesheer kauft 32 Universalgeländefahrzeuge BvS 10 Hägglund. Die Kosten belaufen sich auf rund 85 Millionen Euro einschließlich Bewaffnung und Zusatzausrüstung wie etwa Funkausrüstung, ABC-Schutz, Schneepflug, Seilwinden oder Brandunterdrückungsanlagen. Hergestellt wird der Hägglund von der Firma BAE Systems in Schweden.

Aufgrund ihrer hohen Mobilität sind die neuen Fahrzeuge für die alpinen Verbände des Bundesheers vorgesehen und werden bei den Gebirgstruppen zum Einsatz kommen. Die gepanzerten Transportfahrzeuge sind hochbeweglich, da sie aus zwei Kabinen bestehen, die über ein Gelenk miteinander verbunden sind. Daher sind sie für den Transport von Soldaten und Material in unzugänglichem Gelände besonders gut geeignet.

Durch seine Panzerung bietet das Fahrzeug hohe Sicherheit für die Soldaten. Zusätzlich ist es gegen Beschuss, Explosivstoffe und ABC-Bedrohungen sicher. Der Hägglund kann bis zu elf Personen transportieren.

In Schweden, Frankreich, Großbritannien und den Niederlanden findet der Hägglund beim Militär bereits Verwendung. Die Lieferung der Fahrzeuge an das Österreichische Bundesheer ist für die zweite Jahreshälfte 2018 geplant.



Die C-130 Hercules erhalten ein Avionik-Update und Selbstschutzsysteme eingebaut und die Nachtflugfähigkeit wird verbessert.

Das Verteidigungsministerium investiert bis 2020 mehr als eine halbe Milliarde Euro in die Bundesheer-Infrastruktur. Damit sollen Unterkünfte und Sanitärräume in Kasernen ebenso saniert werden wie Sport- und Schießanlagen. Außerdem werden neue Werkstätten und Garagen gebaut.

Zeitgemäße Arbeitsbedingungen

Bundesminister Mag. Hans Peter Doskozil will zeitgemäße Arbeitsbedingungen für das Kaderpersonal und ordentliche Unterkünfte für Grundwehrdiener schaffen. Einiges werde nicht von heute auf morgen gehen, räumte der Minister ein. Es gebe durchaus Nachholbedarf, weil aufgrund des Spardrucks in der Vergangenheit einige Projekte hintangestellt worden waren.

Schwerpunkt der Investitionen sind einerseits Unterkünfte – hier werde man etwa Vierbettzimmer und Internetanschluss anstreben – und andererseits auch Werkstätten und Garagen. Gemäß Generalstabschef General Mag. Othmar Commenda ist es aber auch wichtig, Gebäude nach außen hin ansprechend zu gestalten, da es sonst



Die sanierte Erzherzog-Johann-Kaserne in Straß – ein ansprechendes Äußeres

von vornherein eine gewisse Abneigung gebe, hineinzugehen.

Bauvorhaben in allen Bundesländern

Insgesamt fast 400 geplante Bauvorhaben sollen in allen Bundesländern realisiert werden. In Niederösterreich entstehen beispielsweise in der Birago-Kaserne in Melk neue Werkstätten und Garagen. Am Fliegerhorst Vogler in Hörsching, Oberösterreich, werden Mannschaftsunterkünfte generalsa-

niert, und auch in der Khevenhüller-Kaserne in Klagenfurt werden Unterkünfte renoviert.

Im Burgenland steht die Sanierung der Küche in der Benedek-Kaserne in Bruckneudorf am Plan. In Salzburg wird die Sporthalle in der Schwarzenberg-Kaserne generalüberholt.

In Tirol geht es im Wesentlichen um Unterkünfte und Sportinfrastruktur in Innsbruck und am Truppenübungsplatz Hochfilzen, in Vorarlberg wird die Mannschaftsunterkunft in der Walgau-Kaserne in Bludenz modernisiert.

Auch in der Bundeshauptstadt wird neu gebaut. Im Innenhof des Amtsgebäudes Rossau soll ein Gebäude entstehen, das das gesamte Verteidigungsressort an einem Standort bündelt.

Konjunkturpaket für die österreichische Wirtschaft

Bei der Vergabe will man auf Regionalität setzen. Für Bundesminister Mag. Hans Peter Doskozil handelt es sich denn auch nicht nur um eine „Investition in die Sicherheit der österreichischen Bevölkerung, sondern auch ein Konjunkturpaket für die österreichische Wirtschaft“. (Quelle: BMLVS; Red.) ✕



Der Speisesaal am Truppenübungsplatz Lizum/Walchen – ein ansprechendes Inneres



Milizsoldaten während einer Übung zum Schutz eines Kraftwerks

© BUNDESHEER/GUNTER PUSCH

Milizstudie 2016

Im Zeitraum von 20. bis 30. April bis 2016 führte das Linzer Sozialforschungsinstitut Public Opinion GmbH eine vom Bundesministerium für Landesverteidigung und Sport in Auftrag gegebene Onlinebefragung bei rund 26.000 österreichischen Milizsoldaten durch. Als Grundgesamtheit wurden alle befristet Be-

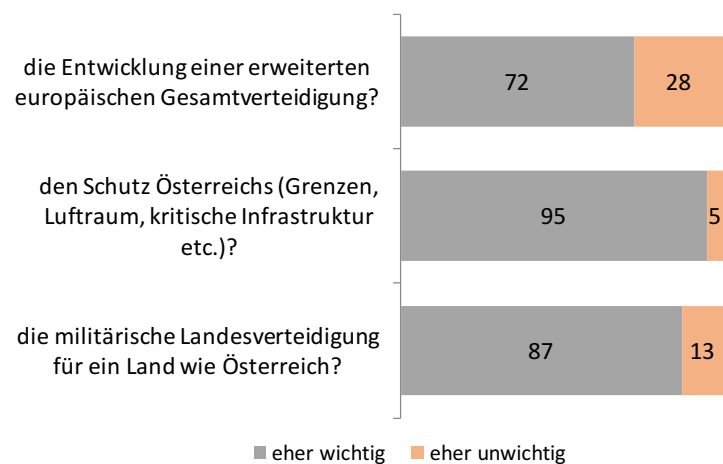
orderten, unbefristet Beorderten sowie „am Arbeitsplatz Gesperrten“ herangezogen und schriftlich zur Teilnahme an der Befragung eingeladen. Insgesamt nahmen 6.833 Personen teil; davon waren 1.532 befristet beordert und 5.301 unbefristet beordert bzw. am Arbeitsplatz gesperrt. Die Rücklaufquote betrug insgesamt 26,65 Prozent.

Von den 6.833 teilnehmenden Personen waren 5.301 (= ca. 34 Prozent) unbefristet Beordnete bzw. Gesperrte und 1.532 (= ca. 15 Prozent) befristet Beordnete. Ca. 63 Prozent aller Milzoffiziere, ca. 44 Prozent aller Milizunteroffiziere und ca. 16 Prozent aller Milizmannschaften haben an der Befragung teilgenommen.

Im Zuge der umfangreichen Vorbereitungsarbeiten und der besonderen Dringlichkeit wurden seitens des BMLVS/EVb alle relevanten Stellen des Ressorts eingebunden. Die trotz engem Zeitkorsett vergleichsweise hohe Rücklaufquote ist v. a. dieser konzertierten Aktion (Fragenabstimmung, begleitende Öffentlichkeitsmaßnahmen, Adressenverwaltung, Versand etc.) zu verdanken.

Die Ergebnisse beider Befragungen spiegeln ein Bild der Milizsoldaten wider, welches einerseits geprägt ist von den zahlreichen Einsparungen und Umstrukturierungen der letzten Jahre/Jahrzehnte, andererseits zeigt es auch die noch

EINSCHÄTZUNG VERTEIDIGUNG WIE WICHTIG ERACHTEN SIE PERSÖNLICH...?



Onlinebefragung beordnete + gesperrte Milizsoldaten; N = 6833
Basis: gültige N! Ergebnisse in Prozent gerundet
Befragungszeitraum: 19. bis 30. 4. 2016

© PUBLIC OPINION

immer enge Verbundenheit der Milizsoldaten mit der Institution Bundesheer.

Neben den standardisierten Antwortvorgaben bieten vor allem die rund 10.000 schriftlichen Antworten auf einige „offene“ Fragen tiefe Einblicke in die Stimmungswelt der Milizsoldaten. Diese wurden intuitiv semantisch in Kategorien gebracht und zeigen oft deutlich die sich hinter den standardisierten Antworten verbergenden Gedanken. Dem Bericht beigelegt befindet sich auch eine Datei mit sämtlichen Reaktionen auf diese offenen Fragen.

Kernaussagen:

- Milizsoldaten verstehen sich in erster Linie als ÖSTERREICHISCHE Soldaten. Der Schutz Österreichs (Grenzen, Luftraum, kritische Infrastruktur etc.) und die militärische Landesverteidigung Österreichs stehen für sie an oberster Stelle.
- „Miliz“ bedeutet für den Einzelnen v. a. Kameradschaft und die Möglichkeit, etwas für sein Land und die Bevölkerung zu tun. Darüber



UNSER HEER

Im Einsatz für Österreich.

**AN SEINE GRENZEN
GEHEN UND IM
ERNSTFALL UNSERE
GRENZEN SCHÜTZEN.**

Auf unser Heer kommt's an. Gerade jetzt.
MIT SICHERHEIT.





Milizsoldaten tragen wesentlich zur Einsatzbereitschaft des Bundesheers bei.

© BUNDESHEER/GÜNTHER FILZWIESER

hinaus wird in der Miliz auch die Möglichkeit für interessante Aus- und Weiterbildungen gesehen. Knapp jeder Zweite verbindet mit Miliz auch Gestaltungsmöglichkeiten.

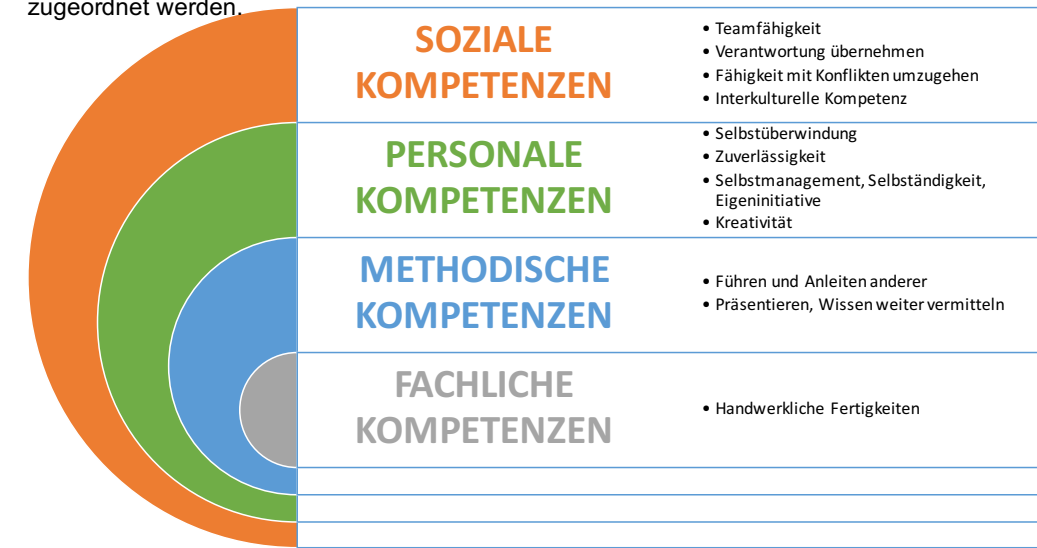
- Milizsoldaten wollen aktive Helfer sein können, legen Wert auf eine zusammengeschweißte Gemeinschaft und klare Aufgaben, möchten seitens des Berufskaders aktiv betreut und bei persönlichen Herausforderungen begleitet werden und sind bestrebt, ihr Know-how einzubringen. Sie erwarten ein positiv gestimmtes Umfeld, bevorzugen den Dienst in der Region und erwarten sich für ihren Einsatz Mehrwert(e).
- Als größtes Hindernis für ein Milizengagement wird die Inanspruchnahme durch den Zivilberuf gesehen; 46 Prozent nennen private Hindernisse. Für nahezu jeden Dritten wirken Orientierungs- und Sinnverluste hemmend.
- Es besteht eine relativ hohe Bereitschaft zur Meldung für Inlands- bzw. Auslandseinsätze. Als entscheidende Kriterien werden v. a. eine akzeptable Dauer sowie eine angemessene Bezahlung genannt.
- Das Gros der befragten Milizsoldaten ist in Großunternehmen (250 Personen und mehr) beschäftigt; 17 Prozent finden sich in mittleren Unternehmen, der Rest verteilt sich auf Klein- und Kleinstunternehmen.
- Ein gutes Drittel sind Angestellte, 18 Prozent sind im Öffentlichen Dienst beschäftigt, ebenso viele als Facharbeiter. Rund neun Prozent

der Befragten sind Selbstständige oder Angehörige freier Berufe.

- Bemerkenswert hoch – 18 Prozent – ist der Anteil von in Ausbildung (Lehrling, Student etc.) befindlichen Personen.
- Rund drei Viertel der Milizsoldaten weisen eine ganztägige Beschäftigung auf; 15 Prozent befinden sich in Ausbildung.
- Zwischen Zivilberuf und Milizengagement besteht eine Diskrepanz. In erster Linie werden durch das Milizengagement Nachteile am Arbeitsplatz gesehen; Arbeitgeber zeigen relativ wenig Verständnis und beim Bundesheer erworbene Kompetenzen werden kaum anerkannt.
- Dem gegenüber beurteilen rund 91 Prozent der Befragten die beim Bundesheer erworbenen/erweiterten Kompetenzen als sehr bzw. eher nützlich. Allerdings herrscht ein Informationsmanko vor: Lediglich 29 Prozent der Milizsoldaten geben an, dass dem Arbeitgeber die beim Bundesheer erworbenen Kompetenzen bewusst sind.
- Als bevorzugte Informationsquelle dient mit Abstand die Zeitschrift Milizinfo. 46 Prozent greifen auf die Internetseite Miliz zu, und jeder vierte Befragte macht vom Facebook-Auftritt des Bundesheers Gebrauch.
- Lediglich 42 Prozent der Befragten wissen, welche Personen mit welchen Erreichbarkeiten für sie als Milizbetreuer zuständig sind; bei weiteren 22 Prozent herrscht darüber zudem

ARBEIT/BERUF KOMPETENZEN

Aus Sicht der Befragten konnte beim Österreichischen Bundesheer eine große Bandbreite von Kompetenzen erworben bzw. erweitert werden. Untenstehende Grafik gibt einen Überblick, indem die jeweils vermittelten Kompetenzen den jeweiligen Kategorien zugeordnet werden.



© PUBLIC OPINION

Onlinebefragung beorderte + gesperrte Milizsoldaten; N = 6833
Basis: gültige N! Ergebnisse in Prozent gerundet. Befragungszeitraum: 19. bis 30. 4. 2016

eine gewisse Unsicherheit. 36 Prozent kennen den Milizbetreuer gar nicht!

- Das Interesse zur Teilnahme an außerdienstlichen Veranstaltungen ist erfreulich hoch. 57 Prozent würden gern zu Traditionstagen, Miliz-Jour-Fixe, Scharfschießen etc. eingeladen werden, weitere 22 Prozent teilweise. Nahezu jeder Zweite gibt an, zu solchen Veranstaltungen auch zu kommen.
- Hauptsächliches Kommunikationsmittel mit dem Milizbetreuer ist das Telefon.
- Um die Attraktivität einer Milizfunktion zu verbessern, bedarf es aus Sicht der Miliz v. a. größeren Augenmerks auf Ausrüstung, Image und Glaubwürdigkeit/Realitätsbezogenheit bei Übungen und Ausbildungen.
- Das größte Vertrauen wird den unmittelbaren (zivilen) Kollegen und den Kameraden entgegengebracht.
- Milizsoldaten weisen ein überdurchschnittlich hohes Engagement im Freiwilligenbereich auf. 51 Prozent erfüllen sogenannte Kernaufgaben ihrer Organisation, 37 Prozent üben eine leitende Funktion aus. Rund 40 Prozent der Befragten bekunden positive Wechselwirkungen.
- Rückblickend – und dies trotz aller genannten Kritik – werden die bisherigen Zeiten beim Österreichischen Bundesheer vom Großteil der Befragten als sinnvoll beurteilt. ❌

(Zusammenfassung aus der Milizstudie des Linzer Sozialforschungsinstituts Public Opinion GmbH im Auftrag des BMLVS)

1. KOMMT ES ANDERS 2. ALS MAN DENKT 3. KEINE SORGE, ICH KÜMMERE MICH PERSÖNLICH DARUM



Bez.Dir. Wolfgang LOIDOLT
Tel.: 050 350 90-21784
Fax: 050 350 99-21784
E-Mail: w.loidolt@staedtische.co.at

BUNDESHEERBETREUUNG FÜR SOLDAT/INNEN UND IHRE FAMILIEN

VERSICHERUNGSSPEZIALISTEN FÜR AUSLANDSEINSÄTZE

TEAM LOIDOLT

Wiener Städtische Versicherung AG
1210 Wien, Am Spitz 10
(Eingang Schwaigergasse)

wienerstaedtische.at
f/wienerstaedtische

WIENER STÄDTISCHE
VIENNA INSURANCE GROUP

Flüchtlinge – Asylwerber – Migranten

Unter Bezugnahme auf Dokumente des Innen- und des Außenministeriums sowie Statistik Austria möchte die ÖOG hier einen Beitrag mit Zahlen, Daten und Fakten zu der den Alltag beherrschenden Diskussion über Flüchtlinge, Asylwerber und Migranten leisten. Weiterführende Informationen finden Sie auch im Integrationsbericht 2016 des Bundesministeriums für Europa, Integration und Äußeres mit dem Titel „Integration von Asylberechtigten und subsidiär Schutzberechtigten in Österreich – Wo stehen wir heute?“ – https://www.bmeia.gv.at/fileadmin/user_upload/Zentrale/Integration/Integrationsbericht_2016/Integrationsbericht_2016_WEB.pdf

EIN FLÜCHTLING IST EINE PERSON, DIE

„... aus der begründeten Furcht vor Verfolgung wegen ihrer Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen ihrer politischen Überzeugung sich außerhalb des Landes befindet, dessen Staatsangehörigkeit sie besitzt, und den Schutz dieses Landes nicht in Anspruch nehmen kann ...“

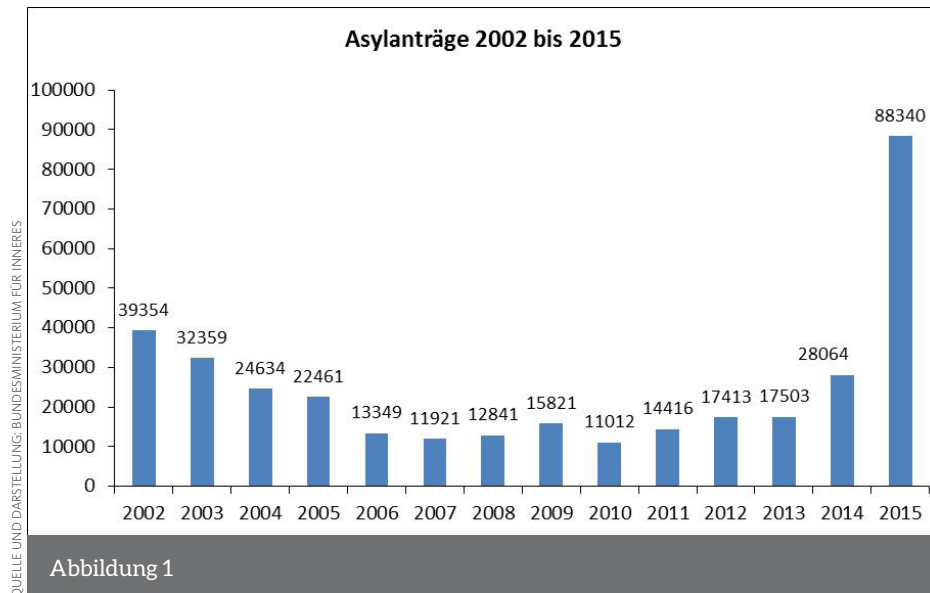
Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge von 1951 (Genfer Flüchtlingskonvention)

ASYLWERBER UND ASYLWERBERINNEN

Asylwerber sind Menschen, die außerhalb ihres Heimatlandes sind und um Asyl – also um Aufnahme und Schutz vor Verfolgung – ansuchen und deren Asylverfahren noch nicht abgeschlossen ist. In Folge beginnt das Zulassungsverfahren bzw. nach abgeschlossenem Zulassungsverfahren das inhaltliche Asylverfahren. Bei positivem Abschluss des Asylverfahrens sind sie Asylberechtigte bzw. anerkannte Flüchtlinge. (nach BMI)

MIGRANTEN

Migranten sind Menschen, die von einem Wohnsitz bzw. Land zu anderen Wohnsitzen bzw. Ländern wandern, um dort (dauerhaft oder vorübergehend) zu leben und zu arbeiten, mit dem Ziel, ihre persönlichen Lebensbedingungen zu verbessern. Sie unterscheiden sich von Flüchtlingen darin, dass sie nicht verfolgt werden, sondern freiwillig ihr Heimatland verlassen und jederzeit wieder dorthin zurückkehren können, ohne Repressalien erwarten zu müssen. (BMI)



Asylentwicklung

Gemäß Asylstatistik des Bundesministeriums für Inneres wurden im Zeitraum von Jänner bis Juli 2016 28.765 Asylanträge gestellt (im Vergleichszeitraum

2015 waren es 37.308). Am Jahresende von 2015 waren 88.151 Anträge verzeichnet (im Jahre 2014 waren es 28.064). Von den im Jahr 2016 gestellten Asylanträgen wurden bis einschließlich Juli

68,55 Prozent der Anträge von männlichen und 31,45 Prozent von weiblichen Werbern eingebracht (2015: 73,33 % männlich / 27,67% weiblich).

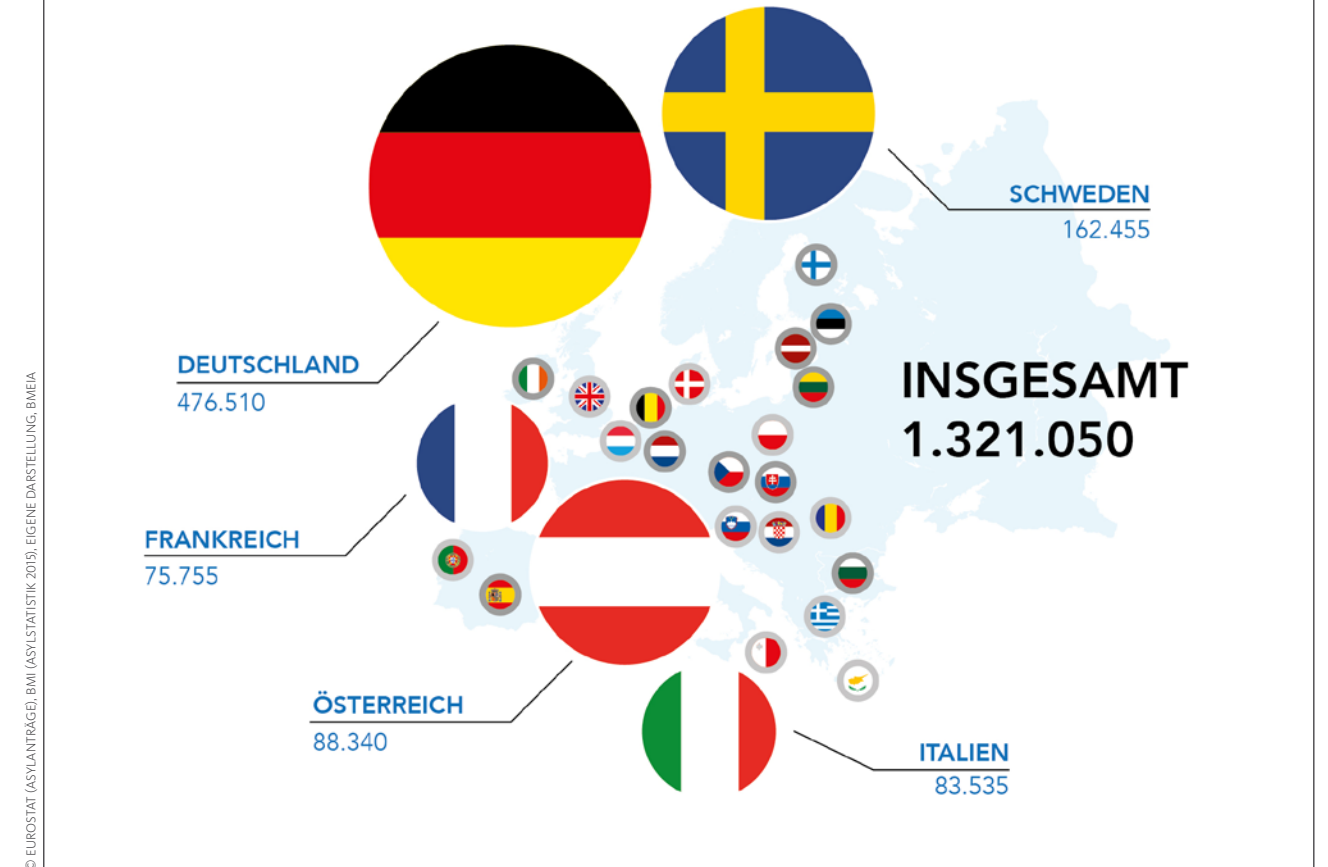
Die antragsstärksten Nationen sind 2016 Afghanistan, Syrien, Irak. Laut dem Bundesministerium für Finanzen werden sich die direkten Flüchtlingskosten 2016 auf rund zwei Milliarden Euro belaufen. Mehr als zwei Drittel der jährlichen Summen werden für Sozialleistungen (Grundversorgung, Mindestsicherung, Krankenversicherung etc.) verwendet.

Europaweit wurde in erster Instanz 2015 mehr als die Hälfte aller Anträge (52 %) bewilligt. Österreich hat zum Vergleich mehr AsylwerberInnen aufgenommen als 17 andere EU-Staaten gemeinsam. (Siehe auch Abb. 1)

Migration und Integration

Gemäß dem Jahrbuch „migration & integration“ 2016 (Erstellt von Statistik

Verteilung der Asylanträge (EU 28) 2015



Austria, Kommission für Migrations- und Integrationsforschung der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, Wien 2016) ist der Anteil der MigrantInnen an der österreichischen Bevölkerung leicht angestiegen. Im Durchschnitt des Jahres 2015 lebten rund 1,8 Millionen Personen mit Migrationshintergrund in Österreich (21 %), um 98.000 mehr als 2014. Etwa 1,33 Millionen Personen gehören der sogenannten „ersten Generation“ an, da sie selbst im Ausland geboren worden und nach Österreich zugezogen sind. Die verbleibenden rund 479.000 Personen mit Migrationshintergrund sind in Österreich geborene Nachkommen von Eltern mit ausländischem Geburtsort („zweite Generation“).

Im Jahr 2015 wanderten rund 214.400 Personen nach Österreich zu, während gleichzeitig rund 101.300 Personen das Land verließen. Dies ent-

spricht einer vergleichsweise hohen Netto-Zuwanderung von 113.100 und einem Wanderungsgewinn gegenüber dem Vorjahr von 56 Prozent. Die Hälfte alle Zuzüge bestand aufgrund der Flüchtlingsmigration aus ZuwanderInnen aus Drittstaaten. Hier war der Saldo mit Syrien am höchsten (+21.900), gefolgt von Afghanistan (+18.600) sowie dem Irak (+10.000). Weitere 91.600 Zuzüge entfielen auf EU-/EWR-BürgerInnen und der Schweiz. Die meisten Zuzüge stammten aus Rumänien (+17.500), Deutschland (+17.000) sowie Ungarn (+14.400). Knapp 15.800 Zuzüge entfielen auf rückkehrende ÖsterreicherInnen.

Nachdem das Integrationsklima 2015 einen leichten Rückschlag erfuhr, verbesserte es sich nun 2016 wieder. Dies erstaunt in Anbetracht der hohen Anzahl an AsylwerberInnen. Besonders im langfristigen Vergleich lassen sich

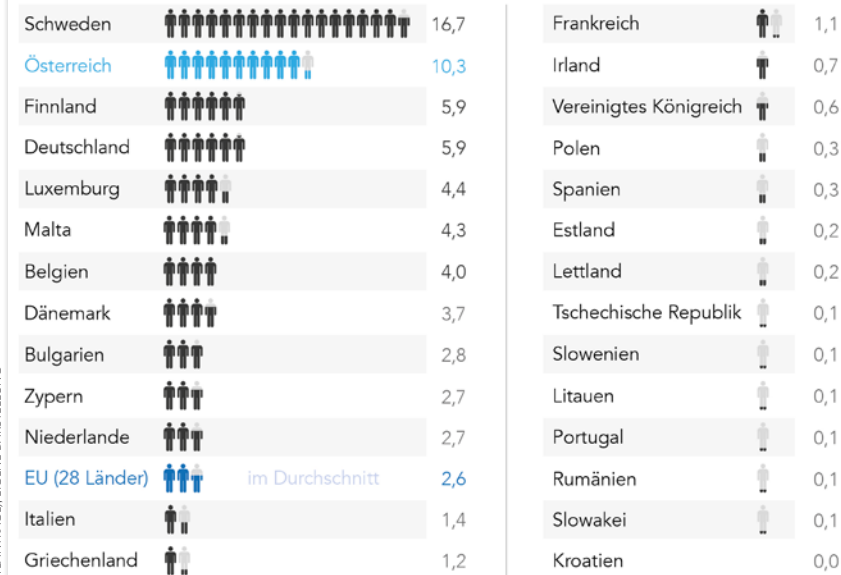
seit 2010 klare Verbesserungen ablesen. Während 2010 lediglich 31 Prozent der Befragten meinten, die Integration funktioniere „sehr gut“ oder „eher gut“, waren es 2016 fast 48 Prozent (+7 % gegenüber 2015). Umgekehrt verringerte sich die Zahl jener, die behaupten, dass die Integration „eher schlecht“ oder „sehr schlecht“ funktioniert, allein innerhalb eines Jahres um rund acht Prozent. Möglicherweise hat die Diskussion im Zuge der Flüchtlingssituation zu einer stärkeren Differenzierung zwischen langanwesenden MigrantInnen und AsylwerberInnen beigetragen.

Geburtenentwicklung

Im Jahr 2015 kamen in Österreich 84.400 Kinder zur Welt, während 83.100 Personen verstarben. Somit fiel die Geburtenbilanz (die Differenz zwischen Lebendgeborenen und Gestorbenen) mit plus 1.300 Personen ▶

Militärmusik erlangt wieder volle Spielfähigkeit

Anzahl der gestellten Asylanträge je 1.000 Einwohner (EU 28) 2015



Europaweite Asylanträge

deutlich positiv aus. Die Unterschiede nach der Staatsangehörigkeit sind aufgrund der unterschiedlichen Altersstruktur und Fertilität erheblich. AusländerInnen verzeichneten einen Geburtenüberschuss im Ausmaß von 13.300 Personen, österreichische Staatsangehörige einen Sterbefallüberschuss (-12.000 Personen).

/ Im Durchschnitt bekamen Frauen in Österreich 2015 rund 1,49 Kinder (2014: 1,46). Im Inland geborene Frauen brachten im Schnitt 1,38 Kinder zur Welt, im Ausland geborene hingegen 1,92 Kinder. Besonders stechen Frauen aus der Türkei mit 2,44 Kindern hervor. Eingebürgerte Frauen näherten sich dem durchschnittlichen Fertilitätsniveau Österreichs an und bekamen nur mehr 1,63 Kinder, deutlich weniger als Frauen mit ausländischer Staatsangehörigkeit (1,94).

/ Das durchschnittliche Alter bei der Geburt ihres ersten Kindes lag 2015 für in Österreich geborene Mütter bei 29,5 Jahren. Im Ausland geborene Frauen waren bei der Geburt ihres ersten Kindes hingegen um knapp zwei Jahre jünger. Frauen aus der Türkei wurden deutlich früher zum ersten Mal Mutter, nämlich mit durchschnittlich 24,5 Jahren, gefolgt von Frauen aus dem ehemaligen Jugoslawien (außerhalb der EU) mit 26,0 Jahren. (Integrationsbericht 2016; BMEIA)

Sicherheit: Zugewanderte als Opfer und Täter

Das Integrationsmonitoring enthält Indikatoren, die Zugewanderte sowohl als Opfer als auch als Täter betrachten. Thematisiert wird die Kriminalität von ausländischen Staatsangehörigen, differenziert nach Tatverdächtigen, Verurteilungen bzw. verurteilten Personen und neu Inhaftierten sowie weiters auch nach importierter Kriminalität und Kriminalität, die von der ausländischen Wohnbevölkerung ausgeht. Dargestellt wird aber auch, wie häufig kriminelle Handlungen an Zugewanderten selbst stattfinden.

/ Der Anteil ausländischer Staatsangehöriger an den Tatverdächtigen lag 2015 bei 30,0 Prozent (37,0 %, wenn nicht in Österreich wohnhafte Personen mitgezählt werden), der Anteil an den Verurteilungen bei 40,0 Prozent und jener an den neu Inhaftierten bei 62,0 Prozent. Bezogen auf die ab 14-jährige Bevölkerung gleicher Staatsangehörigkeit werden viermal so viele ausländische Staatsangehörige gerichtlich verurteilt (1,2 %) wie ÖsterreicherInnen (0,3 %). Bereinigt um die Altersstruktur – der Anteil der 14- bis unter 40-Jährigen ist bei Ausländerinnen und Ausländern mehr als 50 Prozent höher als bei Österreicherinnen und Österreichern – reduziert sich der Anteil der verurteilten AusländerInnen an der Referenzbevölkerung aber von 1,2 auf 0,7 Prozent und beträgt somit nur noch das 2,7-Fache des Anteilswerts der InländerInnen.

/ 2015 waren 28,5 Prozent aller Opfer von Straftaten ausländische Staatsangehörige. Bei einem Bevölkerungsanteil von 13,8 Prozent wurden Zugewanderte somit in etwa doppelt so häufig durch Straftaten geschädigt wie die Gesamtbevölkerung. Überdurchschnittlich oft wurden Angehörige der Staaten Afrikas Opfer von Straftaten. (Integrationsbericht 2016; BMEIA)

Die Österreichische Militärmusik ist von großem kulturellen und gesellschaftlichen Wert. Sie ist ein wichtiger Bestandteil der Traditionspflege im Österreichischen Bundesheer und ein wesentlicher Träger für den Nachwuchs der zivilen Musikkapellen. Die Militärmusik wird wieder in jedem Bundesland die volle Spielfähigkeit erlangen. Damit wird sie auch wieder Märsche und den großen Österreichischen Zapfenstreich spielen können. Die Militärmusik in den Bundesländern wird über jeweils 16 Berufsmusiker und 30 Wehrpflichtige verfügen. Die Berufsmusiker werden neben der militärischen Ausbildung ihrer Musiker noch weitere Nebenaufgaben übernehmen. Die Militärmusik war immer ein wesentlicher Träger der Öffentlichkeitsarbeit des Bundesheers. Ein interner Kontrollbericht hat erhoben, dass im Jahr 2012 alle neun Militärmusiken zusammen 1.632 Konzerte und Auftritte absolviert haben. Dies entspricht im Schnitt mehr als drei Auftritten pro Woche und Militärmusik.

/ Die Militärmusik ist wichtig für die Öffentlichkeitsarbeit für das Bundesheer und für die Kultur Österreichs. Verschwindet die Militärmusik, ist auch das Bundesheer nicht mehr sichtbar. Die Bevölkerung nimmt das Bundesheer im Alltag nicht wahr; die Soldaten üben hinter Kasernenmauern und in Sperrgebieten und sind im Auslandseinsatz. Die Militärmusik ist aber dort, wo die Bürger sind: am Marktplatz, am Hauptplatz und vor der Kirche. ✘

DOSKOZIL SEI DANK!

Immer wieder wurde innerhalb und außerhalb des Bundesheers lamentiert, wenn alle sparen müssten, müsste auch bei der Musik gespart werden. Diese Argumentation greift wohl etwas zu kurz. Die Militärmusik ist ein sichtbares Aushängeschild des Bundesheers und damit ein erstklassiges Marketinginstrument. Wenn ein Unternehmen beginnt, seine Werbeaufwendungen zu reduzieren, wird es wohl auch seinen Marktwert verlieren und unabhängig von der Qualität seiner Produktion an Attraktivität einbüßen. Ob man es wahrhaben will oder nicht, die Militärmusik ist ein positives Asset des Österreichischen Bundesheers und hilft mit, natürlich neben guter Ausbildung und professioneller militärischer Performance, das Bundesheer und seinen Wert wahrnehmbar zu halten.

Als Beitrag zu einer Militärkultur und einer Militärtradition ist die Musik unverzichtbar für Streitkräfte, wie man international leicht nachvollziehen kann. Somit bedeutet die Schwächung der Militärmusik auch eine Schwächung des Selbstwerts von Streitkräften. Insofern ist die Initiative von Bundesminister Doskozil zum Wiedererstehen der neun Militärmusiken in den Bundesländern von unschätzbarem Wert und geht weit über Kosmetik hinaus. Dass die Militärmusik auch in der Lage ist, militärische Aufträge zu erfüllen, hat sie immer wieder bei der Übernahme von Aufgaben in der Katastrophenhilfe, aber auch im militärischen Wachdienst und im Objektschutz bewiesen. (hb)



Militärmusik Tirol: Großer Zapfenstreich am Vorabend des Nationalfeiertags am Landhausplatz in Innsbruck



Österreichische Soldaten im Auslandseinsatz

Parlament genehmigt Entsendungen in Krisengebiete

Nach den Terroranschlägen vom 13. November 2015 in Paris hat Frankreich als erstes EU-Land von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, die anderen Mitgliedstaaten gemäß Art. 42 Abs. 7 EU-Vertrag um allfälligen Beistand zu ersuchen. Der Hauptausschuss des Nationalrats hat einem Antrag von Außenminister Sebastian Kurz (ÖVP) stattgegeben, im Bedarfsfall bis zu 45 Angehörige des Bundesheers oder sonstige Personen für Lufttransporte sowie bis zu 25 Personen für vorbereitende und unterstützende Tätigkeiten zur Verfügung zu stellen. Konkret werden Transportleistungen im Ausmaß von rund 100 Flugstunden angeboten, um Frankreich solidarisch im Kampf gegen den Terror beizustehen. Der Einsatzraum beschränkt sich auf diverse EU- und UN-Missionen in Afrika und im Mittelmeerraum und ist vorerst bis 31. Dezember 2016 begrenzt.

/ Verteidigungsminister Hans Peter Doskozil (SPÖ) wies darauf hin, dass es noch kein konkretes Einsatzansuchen Frankreichs gebe. Sollte ein solches auf den Tisch kommen, werde jedenfalls nochmals geprüft, ob Österreich die angeforderte Unterstützung tatsächlich leisten könne. Dass der mögliche

Einsatzraum derart breit gefasst ist, begründete der Minister damit, dass man nicht wissen könne, von wo aus terroristische Netzwerke agieren. Es sei auch für Frankreich schwierig, die Angreifer zu lokalisieren.

/ Die Kosten für einen Einsatz werden laut Doskozil wie bei anderen Entsendungen vom Verteidigungsministerium getragen, wobei er in diesem Zusammenhang auf die allgemeine Aufstockung des Verteidigungsbudgets verwies. Zuvor hatte FPÖ-Abgeordneter Andreas Karlsböck angesichts der Sonderleistung des Heers auf eine Kostenrefundierung durch das Finanzministerium gedrängt.

/ Konkret bezieht sich die allfällige Unterstützung auf folgende Missionen, wobei sich Österreich an einigen von ihnen bereits jetzt beteiligt: MINURSO (Überwachung des Waffenstillstands zwischen Marokko und der Polisario), EUTM Mali (Reorganisation und Training der malischen Sicherheitskräfte), MINUSMA (Unterstützung Malis bei der Wiederherstellung der staatlichen Autorität), EUMAM RCA (Unterstützung der zentralafrikanischen Behörden bei der Reform des Sicherheitssektors), UNIFIL (Verhinderung der Wiederauf-

nahme der bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen Israel und dem Libanon), EUNAVFOR MED (Operation Sophia: Überwachung, Aufklärung und Einschätzung der Schlepperaktivitäten im südlich-zentralen Mittelmeer), MINUSCA (Stabilisierungsmission in der Zentralafrikanischen Republik), MONUSCO (Mission für die Stabilisierung des Kongo), UNMIL (Mission in Liberia), UNOCI (Friedensmission in Elfenbeinküste), EUTM SOM (Stärkung der Übergangsregierung in Somalia), EUCAP Sahel Niger (Unterstützung der Sicherheitskräfte im Kampf gegen Terror und organisiertes Verbrechen), EUCAP NESTOR (Trainingsmission der maritimen Kapazitäten in acht Ländern der Region zur Bekämpfung der Piraterie) und EUCAP Sahel Mali (Stärkung des Sicherheitssektors in Mali).

/ Mit Stimmenmehrheit verlängerte der Hauptausschuss auch die Entsendung zur EU-Ausbildungsmission nach Mali (EUTM Mali) bis zum 31. Dezember 2017. Demnach werden aus Österreich bis zu zwanzig Bundesheerangehörige als Stabsmitglieder, Ausbildungspersonal sowie Sicherheitspersonal in dem afrikanischen Land tätig sein. Zur Gewährleistung der für den Dienstbetrieb,

die innere Ordnung und die Sicherheit unverzichtbaren, vorbereitenden bzw. unterstützenden Tätigkeiten können außerdem weitere 20 Soldaten und Soldatinnen in das krisengeschüttelte Land fahren. Darüber hinaus besteht die Möglichkeit, bis zu 20 Personen vorübergehend für Lufttransporte einzusetzen.

/ Die Hauptaufgabe der Mission besteht in der Beratung, Unterstützung und Ausbildung der unter Kontrolle der rechtmäßigen Zivilregierung operierenden malischen Streitkräfte. EUTM Mali wird von 23 EU-Staaten unterstützt. Die Beteiligung an Kampfeinsätzen ist im Mandat nicht vorgesehen.

/ Österreich engagiert sich in der Zentralafrikanischen Republik nicht nur

bei der militärischen Beratungsmission (EUMAM RCA). Bis zu drei Angehörige des Bundesheers sollen nun auch im Rahmen der EU-Ausbildungsmission in der Zentralafrikanischen Republik (EUTM RCA) – vom EU-Rat am 19. April 2016 beschlossen – tätig sein, vorerst bis zum 31. Dezember 2017. Wie bei anderen Missionen stehen weitere 20 Personen für vorbereitende bzw. unterstützende Tätigkeiten bereit, bis zu 20 Personen können bei Lufttransporten mithelfen. Hauptaufgabe von EUTM RCA ist es, einen Beitrag zur Reform des Verteidigungssektors zu leisten, insbesondere durch die strategische Beratung des Verteidigungsministeriums, die Bildung und Ausbildung der zentralafrikanischen Armee sowie die Ausbildung von Offizieren, Unteroffizieren und SpezialistInnen. Der Einsatzraum der Österreicher und Österreicherinnen erstreckt sich im Wesentlichen auf die Provinz Bangui.

/ Österreich verlängert auch seine Beteiligung an der Beobachtungsmission der OSZE in der Ukraine mit bis zu 20 Angehörigen des Verteidigungsressorts bis Ende 2017. Zusätzlich sollen bis zu 20 Angehörige des Bundesheers für Lufttransporte bzw. im Rahmen des Luftrettungsdienstes Aeromedevac eingesetzt werden können. Auch seitens des Außenministeriums werden Expertinnen und Experten im Rahmen dieser Mission tätig sein.

/ Aufgabe ist es, unter Berücksichtigung der Prinzipien Überparteilichkeit

und Transparenz, in Kooperation mit anderen relevanten internationalen Akteuren wie der UNO und dem Europarat beizutragen, die Spannungen abzubauen und Frieden, Stabilität und Sicherheit zu fördern. Ferner soll die Umsetzung von Prinzipien und Verpflichtungen der OSZE unter dem speziellen Blickwinkel der Menschenrechte und Grundfreiheiten überwacht und unterstützt sowie der politische Dialog gefördert werden. Die Mission umfasst Stabspersonal sowie unbewaffnete zivile Beobachter und Beobachterinnen, die derzeit auf bis zu 1.000 Personen aufgestockt werden. Das Einsatzgebiet erstreckt sich auf das gesamte Staatsgebiet der Ukraine. Die Mission ist eine der größten je ins Leben gerufenen Missionen der 57 Teilnehmerstaaten der OSZE. Das dem Einsatz zugrundeliegende Mandat wurde im Einvernehmen mit allen Teilnehmerstaaten, einschließlich der Russischen Föderation und der Ukraine, erteilt.

/ Schließlich informierte Verteidigungsminister Hans Peter Doskozil die Abgeordneten darüber, dass österreichische Soldaten und Soldatinnen zu Ausbildungszwecken in die Schweiz geschickt werden. Dabei handelt es sich um ein Pilotprojekt zwischen den beiden Nachbarländern im Bereich Rekrutenaustausch in der Waffengattung Infanterie. Konkret geht es um Übungen zum Schutz kritischer Infrastruktur. Der Bericht wurde einstimmig zur Kenntnis genommen. ✕

DER BESTE WEG, DIE ZUKUNFT VORAUSZUSAGEN, IST SIE ZU GESTALTEN.

Wenn es um bahnbrechende Innovationen geht, ist das AIT Austrian Institute of Technology der richtige Partner für Ihr Unternehmen: Denn bei uns arbeiten schon heute die kompetentesten Köpfe Europas an den Tools und Technologien von morgen, um die Lösungen der Zukunft realisieren zu können.

Mehr über die Zukunft erfahren Sie hier: www.ait.ac.at

AIT
AUSTRIAN INSTITUTE
OF TECHNOLOGY
TOMORROW TODAY

Mehr Informationen über
uns finden Sie hier:



Terrorismus – Angriff auf den Staat?

Unter dem Titel „Terrorismus – Angriff auf den Staat?“ hat die Direktion für Sicherheitspolitik des Verteidigungsministeriums am 20. Juni 2016 im Raiffeisenforum Wien eine hochrangige internationale Konferenz veranstaltet. Zu der entscheidenden Frage der zukünftigen Aufgaben der gesamtstaatlichen Sicherheitsvorsorge und des österreichischen Bundesheers wollte die Direktion für Sicherheitspolitik einen initialen Beitrag zu einer systematischen Analyse von Verteidigung im 21. Jahrhundert und zu einer breiten wehrpolitischen Diskussion und Kommunikation der Erfordernisse einer zeitgemäßen österreichischen Verteidigungskonzeption leisten.

Die Umfassende Landesverteidigung muss vor dem Hintergrund eines sich ändernden Bedrohungsbilds neu konzipiert und gesamtstaatlich organisiert werden. Es ist nicht mehr der konventionell angreifende militärische Gegner, gegen den es sich zu verteidigen gilt. Im Vordergrund steht vielmehr die Abwehr von hybriden Angriffen auf unseren Staat, seine Bevölkerung und deren Lebensgrundlagen. Neben Cyber-Angriffen sowie der Leistung eines Solidarbeitrags im Falle eines Angriffs auf einen EU-Staat ist es vor allem der transnationale Terrorismus, der in Zukunft einen Verteidigungsfall begründen kann.

Militärische Terrorabwehr?

Aus strategischer Sicht ist klar, dass man einem militärisch organisierten Terrorismus in letz-



Bundesminister Doskozil regt einen breiten Diskurs sowie eine offene und transparente Vorgangsweise bei der Weiterentwicklung des Bundesheers an.

© BUNDESHEER/PUSCH

ter Konsequenz nur mit militärischen Mitteln und militärischen Einsatzverfahren beikommen kann. Eine vorausschauende und verantwortungsbewusste Sicherheitspolitik muss daher auch darüber nachdenken, ob beziehungsweise wann Terrorismus über alle sicherheitspolizeilichen Antworten hinaus zu einem Fall der militärischen Landesverteidigung werden kann.

Bundesminister Mag. Hans Peter Doskozil regte einen breiten Diskurs sowie eine offene und transparente Vorgangsweise zur Klärung offener Fragen an. Eine entsprechende Diskussion sei auch im Parlament zu führen, so der Minister. Es gehe darum, einen weiterführenden Dialog zwischen internationalen zivilen und militärischen Experten zu Fragen der Weiterentwicklung von Verteidigung und Verteidigungspolitik sowie zur zentralen Frage gesamtstaatlicher Resilienz anzustoßen. Und es gehe darum, die dabei gewonnene Expertise in einen Prozess der Neukonzeption einer Umfassenden Landesverteidigung einfließen zu lassen. (BMLVS; Red.) ✕



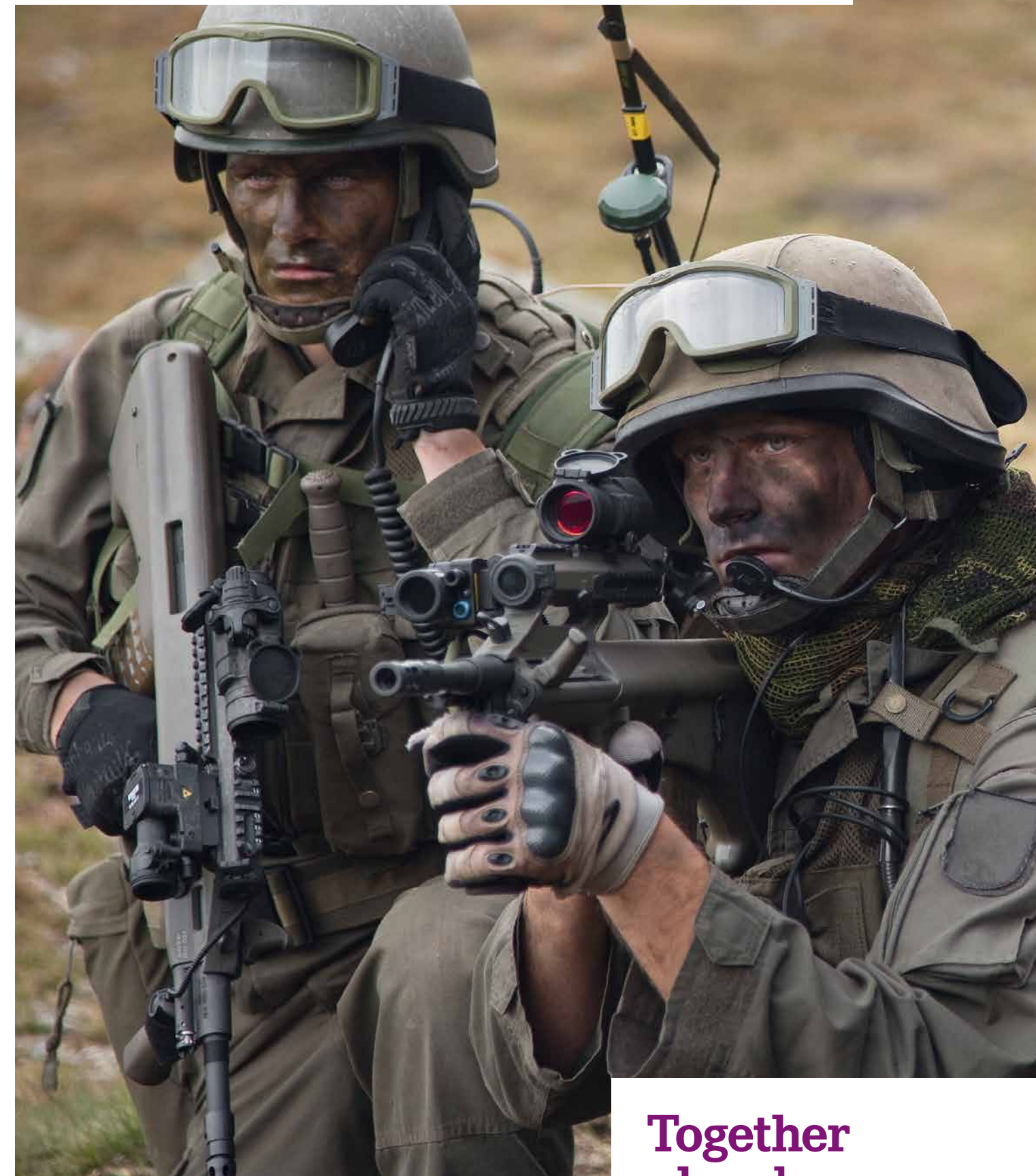
Rasche Verlegung von Spezialeinsatzkräften

© BUNDESHEER/PUSCH

TERROR – DOSKOZIL STÄRKT JAGDKOMMANDO

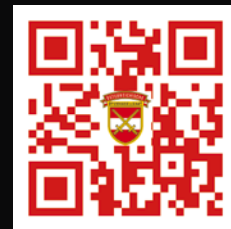
Verteidigungsminister Mag. Hans Peter Doskozil ist der Ansicht, dass die Terrorbekämpfung immer mehr auch zum Aufgabenfeld der Streitkräfte wird. Angesichts der Terrorbedrohung soll das Jagdkommando, die Eliteeinheit des Bundesheers, gestärkt werden. In einem ersten Schritt soll das Jagdkommando um rund 40 Soldaten aufgestockt und 35 Millionen Euro in dessen Ausrüstung investiert werden, erklärte Doskozil in einem APA-Interview Anfang August. Die persönliche Schutzausrüstung der Soldaten der Spezialeinheit wird verbessert, außerdem die Mobilität erhöht und neue Waffensysteme (Scharfschützengewehre, leichte Maschinengewehre, leichte Granatwerfer), Nachtsichtmittel, IKT-Gerät zur Datenübertragung über weite Entfernungen sowie in Funkausrüstung werden eingeführt bzw. verbessert. Mit der neuen Heeresstruktur wird das Jagdkommando direkt von der Einsatzsektion im Ministerium geführt. Eine Kommission mit Vertretern der Regierungsparteien und Experten des Verteidigungs- und des Innenressorts wird klären, wie das Bundesheer künftig bei der Terrorbekämpfung im Inland eingesetzt werden kann. Hierzu werden gesetzliche Änderungen im Zuständigkeitsbereich nicht ausgeschlossen. (APA/Red.)

Bereit für die Herausforderungen
von morgen – mit Ihrem unabhängigen
Technologiepartner.



Together
ahead. **RUAG**

www.ruag.com



**Das sicherheitspolitische
Gewissen der Republik
Österreich**